Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badischer Landtag, 2. Kammer - digitalisiert

Baden / Ständeversammlung

Karlsruhe, 1819 - 1933

35. Sitzung (29.03.1922)

urn:nbn:de:bsz:31-28868

Visual Library

Amtliche Niederschrift.

35. Sitzung.

Karlsruhe, den 29. März 1922.

Gegenwärtig:

Die Mitglieder des Hauses mit Ausnahme der Abg. Blase, Duffner, Fischer-Unterlauchringen, Fischer-Meißenheim, Goerlacher, Dr. Herfurth, Heurich, Hofheinz, Köhler, Mager, Maier-Heidelberg, Ritter, Schmidt-Bretten, Schrank, Spengler und Trunk.

Am Regierungstisch: Minister des Innern Remmele, Ministerialdirektor Leers, Ministerialrat Rein und die Oberregierungsräte Cronberger und Fehsenmeier.

Unter dem Vorsitz des Präsidenten Wittemann.

Tagesordnung:

Anzeige neuer Eingänge. Sodann

Fortsetzung der Beratung des Staatsvoranschlags für die Rechnungsjahre 1922 und 1923 und zwar Hauptabteilung IV: Ministerium des Innern, Ausgabe Titel XII, Einnahme Titel IX: Landwirtschaft und Ernährung (Druckf. Nr. 53c I), Berichterstatter Abg. Weißhaupt,

und damit in Verbindung Beratung bezw. Besprechung der nachgenannten Anträge, Förmlichen Anfragen und Gesuche:

1. Förmliche Anfrage der Abg. Dr. Zehnter und Gen., teilweise Abhilfe der Futter- und Strohknappheit durch ausnahmsweise, ausgiebigere Laubstreuabgabe betr. (Druckf. sache Nr. 56),

   Gesuch der Mitglieder des Gemeinderats Graben, Waldstreunutzung betr. (hierzu mündlicher Bericht des Ausschusses für Gesuche und Beschwerden — Berichterstatter Abg. Sack —),

   Gesuche der Mitglieder des Gemeinderats Staufenberg und des Landbunds, Ortsgruppe Oberlauda, Laubstreunutzung betr.,

2. Förmliche Anfrage der Abg. Engelhardt und Gen., den Viehaufkauf zum Zweck der Ausfuhr ins Ausland betr. (Druckf. Nr. 48),

3. Anträge der Abgeordneten

   Marum und Gen., die Abgabe von Brot zum gleichen Preise wie vor dem 16. Februar 1922 an in sozialer Fürsorge stehende Gemeindeangehörige betr. (Druckf. Nr. 47) und

   Siebert und Gen., die Brotversorgung notleidender Kreise betr. (Druckf. Nr. 47a),

   Antrag des Haushaltsausschusses dazu (Druckf. Nr. 47b), Berichterstatter Abg. Dr. Schmitt-Karlsruhe;

4. Antrag der Abg. Hertle und Gen., die Aufhebung der Zwangswirtschaft betr. (Druckf. Nr. 66),

4a. Förmliche Anfrage der Abg. Schmidt-Bretten und Gen., die völlige Aufhebung der Zwangswirtschaft in allen bäuerlichen und gewerblichen Betrieben betr. (Druckf. Nr. 11),

4b. Antrag der Abg. Maier-Heidelberg und Gen., die Versorgung der minderbemittelten Bevölkerung mit Lebensmitteln und mit Holz betr. (Druckf. Nr. 78).

5. Anträge der Abg. Fischer-Meißenheim und Gen. und der Abg. Engelhardt und Gen., die Aufhebung des Verbots des Brennens von Topinambur vom Mai 1917 betr. (Druckf. Nr. 9 und 9a),

   Antrag des Haushaltsausschusses dazu (Druckf. Nr. 53c III), Berichterstatter Abg. Weißhaupt.

Inhaltsverzeichnis:

Siehe Schluß der Niederschrift Sp. 1551/52.

Präsident **Wittemann** eröffnet die Sitzung gegen 4 Uhr und gibt folgende Eingänge bekannt:

1. Einladung des Direktoriums der Realschule Karlsruhe:

   „Das Lehrerkollegium der Realschule beehrt sich, den Mitgliedern des badischen Landtages zu einer Aufführung der „Schöpfung" von Haydn durch den Schulchor und das Schulorchester eine Anzahl Karten zur Verfügung zu stellen."

Die Einladung wird verdankt, die Karten werden im Büro aufgelegt.

2. Antrag der Abg. Marum, Blase, Fischer-Karlsruhe, Gehweiler, Graf, Großhans, Häffig, Horter, Dr. Kullmann, Kurz, Maier-Heidelberg, Rausch, Roesch, Rückert, Stock, Strobel, Weißmann und Wirth, die Bewilligung von Wirtschaftsbeihilfen auch an mittel- und oberbadische Gemeinden betr.

   Der Landtag wolle beschließen,

   die Regierung zu ersuchen, bei der Reichsregierung darauf hinzuwirken, daß in das Verzeichnis derjenigen badischen Gemeinden, für die auf Grund des Gesetzes vom 10. März 1922 sogenannte Wirtschaftsbeihilfen vorgesehen sind, auch die besonders unter der Teuerung schwer leidenden mittel- und oberbadischen Gemeinden aufgenommen werden."

3. Eventualantrag der Abg. D. Mayer-Karlsruhe, Habermehl, Dr. Hanemann, Mager, Richter, Schneider-Mannheim und Schmidt-Bretten, die Aufhebung der Zwangswirtschaft betr.

Badische Landesbibliothek Karlsruhe
Baden-Württemberg

„Für den Fall der Ablehnung des Antrages Hertle u. Gen., die Aufhebung der Zwangswirtschaft betr. (Drucksache Nr. 66), wolle der Landtag beschließen,

die Regierung zu ersuchen, bei der Reichsregierung dafür einzutreten, daß

1. an dem Umlagebetreffnis von 2½ Millionen Tonnen Getreide nur für das laufende Jahr festgehalten und diese Menge von den Gemeinden zur vorzugsweisen Brotversorgung der Sozial- und Kleinrentner und der in Fürsorge befindlichen Personen verwendet werde,

2. daß für das hiernach abgegebene Getreide den Selbsterzeugern der Unterschied zwischen Abgabepreis und Marktpreis durch Lieferung von Düngemitteln, berechnet nach dem Marktpreis, ausgeglichen werde."

4. Antrag der Abg. Dr. Zehnter, Amann, Dr. Baumgartner, Eberhardt, Hartmann, Rigel, Rüger, Sack, Schneider-Heidelberg, Dr. Schmidt-Karlsruhe, Dr. Schofer und Wittemann, die Beibehaltung des Getreideumlageverfahrens nur für das Jahr 1922/23 betr.

„Der Landtag wolle beschließen:

Die badische Regierung wird ersucht, auf die Reichsgesetzgebung in der Weise einzuwirken, daß die Beibehaltung des Getreideumlageverfahrens nur für das Jahr 1922/23 und nur unter folgenden Bedingungen zugelassen werde:

1. der Unterschied zwischen Markt- und Umlagepreis wird durch billigere Abgabe von Dünge- und Futtermitteln, insbesondere von Kleie, ausgeglichen, um damit die Produktion zu steigern.

2. Dem Zwischenhandel mit Getreide und Kartoffeln sind Schranken zu ziehen, um der sachlich unbegründeten Teuerung zu steuern.

3. Verbilligtes Brot soll gegen Brotmarken denen zugute kommen, deren Einkommen das noch zu fixierende Existenzminimum nicht erreicht oder die sonstwie in eine Notlage geraten sind."

Die Anträge sind bereits gedruckt (Drucks. Nr. 84, 66a und 85), sie werden verteilt und im Einverständnis des Hauses dem Haushaltsausschuß zur Vorberatung überwiesen.

Hierauf wird in die Tagesordnung eingetreten.

In Fortsetzung der allgemeinen Beratung über den **Staatsvoranschlag für die Rechnungsjahre 1922 und 1923**, Hauptabteilung IV, **Ministerium des Innern**, Ausgabe-Titel XII, Einnahme-Titel IX, **Landwirtschaft und Ernährung**, und der Beratung, bezw. Besprechung der damit verbundenen Anträge, Förmlichen Anfragen und Gesuche, erhalten das Wort

Abg. **Ziegelmeyer**-Langenbrücken (Zentr.):

Der Herr Minister Remmele hat in seiner staatsmännischen Rede gesagt, die Landwirtschaft sei das Rückgrat eines gesunden Staates. Diese Devise hatte die Landwirtschaft schon lange auf ihren Schild geschrieben. Wir sagten immer bei allen Versammlungen: die Landwirtschaft ist die Stütze des Staates und des Altars. Es hat sich auch bewährt, das sich die Landwirtschaft bis heute hochgehalten hat.

Nun sind von allen Seiten Mittel und Wege vorgeschlagen worden, wie man der Landwirtschaft helfen und wie man die Produktion steigern kann, wie Deutschland auf eigene Füße gestellt werden kann, um nicht mehr vom Auslande abhängig zu sein. Diese Vorschläge sind alle gut gemeint, aber die Steigerung der Produktion ist nicht so einfach, als wie man davon reden und schreiben kann. Warum? Weil die Landwirtschaft mit vielen Hindernissen zu kämpfen hat, mit der Witterung und auch allen möglichen Schäden infolge des Ungeziefers. Ich glaube aber sagen zu können, daß die Landwirtschaft während des ganzen Krieges bis jetzt alles getan hat, was nur möglich war, um die Bevölkerung zu ernähren. Der Vorwurf, welcher der Landwirtschaft gemacht wird, sie hätte Wucher getrieben, den muß ich zurückweisen; denn die Landwirtschaft hat bewiesen, daß sie der Wucherer nicht ist, sondern die sind in anderen Reihen, die nicht zu uns gehören, zu suchen. Die Landwirtschaft hat außer der Abgabe, die ihr auferlegt wurde, viele Tausende Zentner Lebensmittel an die charitativen Vereinigungen, an die Städte und auch an die Ortsarmen unentgeltlich und zu ganz billigem Preise abgegeben. Also dieser Vorwurf, der gemacht wird, ist hinfällig. Vielfach aber kam der Vorwurf daher, weil von manchen Seiten die Presse gegen die Landwirte gehetzt hat. Man hat sogar oft geschrieben, man solle den Bauern den roten Hahn aufs Dach setzen. Das war ein sträfliches Handeln, das die Städter gegen die Landwirtschaft aufhetzt.

Aber das Gegenteil von all den Vorwürfen ist wahr. Wir waren immer bestrebt, Zufriedenheit zwischen Stadt und Land herzustellen. Wir wissen ganz genau die Not der Arbeiter, wir wissen auch die Not der Städter. Und wie mancher Stadteinwohner ist mit seinem Rucksack unter der Woche ins Land hinausgefahren und ist wohlbefriedigt wieder zurückgefahren mit einem Rucksack von billigen Lebensmitteln. Wenn einige Landwirte gewuchert haben, sind es vielleicht keine 5 Prozent von allen, und das verwerfen wir auch. Der Landwirtschaft wäre es heute lieb, wenn es morgen heißen würde: sämtliche Artikel, nicht nur die Lebensmittel, würden um 100 Prozent auf einmal abschlagen (Sehr richtig! im Zentrum), damit wieder geordnete Verhältnisse eintreten würden. Wir sind der Meinung, wie die Herren Vorredner auch, daß es so nicht weitergehen kann; und wir werden alles dazu beitragen, daß auch wieder geordnete Verhältnisse ins Land einziehen. Ich habe auch während des ganzen Krieges und bis heute noch nicht einen Landwirt gesehen, der Millionär geworden ist durch die Wucherei, während andere Stände — ich könnte Namen nennen —, die vor dem Kriege nichts hatten, heute Millionär geworden sind (Sehr richtig! rechts), aber nicht durch die Landwirtschaft, sondern durch etwas anderes, was man Wucher nennt.

Der Herr Strobel hat heute vormittag gesagt, die Preise der Produkte der Landwirtschaft seien dermaßen in die Höhe gegangen, daß gegenüber den anderen Produkten kein Vergleich zu ziehen sei. Ich möchte dem Herrn Strobel nur sagen, die Ausgaben der Landwirtschaft sind auch unendlich gestiegen (Sehr richtig! rechts). Wenn ich Ihnen sage: Vor dem Kriege kostete ein Pferd zu beschlagen 3 M. und heute 180 M. (Hört, hört! rechts), können Sie doch sehen, wie bei uns auch die Ausgaben gestiegen sind (Sehr richtig! rechts). Wenn wir verlangen, daß wir einigermaßen leben können, ist das eine gerechte Forderung. Vor dem Kriege warf man den Landwirten immer vor, die Landwirtschaft rechnet mit nichts, deshalb kommt sie zu nichts. Heute rechnet die Landwirtschaft, heute werden die Landwirte Wucherer geschimpft (Sehr richtig! beim Zentrum). Das ist eine schwere Ungerechtigkeit.

Was die Zwangswirtschaft anbelangt, hat die Rede des Herrn Ministers kein großes Echo draußen auf dem Lande gefunden. Man rechnet allgemein darauf, daß die Zwangswirtschaft im neuen Wirtschaftsjahr vollständig aufgehoben wird. Aber nach seinen Ausführungen scheint es unmöglich zu sein — wenn es richtig ist, wie die Verhältnisse liegen —, daß die Zwangswirtschaft aufgehoben wird. Allein ich bin in dieser Hinsicht etwas schwergläubig, ein ungläubiger Thomas. Denn seitdem die Zwangswirtschaft besteht, hat man uns jedes Jahr um diese Zeit prophezeit: wir werden später

Badische Landesbibliothek Karlsruhe
Baden-Württemberg

eine Hungersnot bekommen. Bis heute ist sie noch ausgeblieben, Gottlob. Aber ich glaube, daß die Verhältnisse in diesem Jahre andere geworden sind, weil die Teuerung eben ins Unendliche gestiegen ist, daß das ein Grund sei, daß die Zwangswirtschaft vielleicht noch länger erhalten bleiben müßte. Allein die Abstimmung wird ja das Nähere ergeben. Hätte man früher während der Zwangswirtschaft den Landwirten annehmbare Preise gegeben, dann wäre die Antipathie gegen die Zwangswirtschaft bei der Landwirtschaft nicht so groß geworden (Sehr richtig! im Zentrum).

Aber nur die Landwirtschaft bekam Handschellen angelegt. Alle anderen Betriebe, alle anderen Geschäfte konnten Preise fordern, wie sie wollten. Und der Schwerpunkt lag darin, daß wir für unsere Produkte minderwertige Preise bekommen haben, für den Zentner Brotgetreide 105 bis 130 M., wenn wir aber Kleie gewollt haben, mußten wir 300 bis 400 Mark für den Zentner bezahlen. Das hat in den Kreisen der Landwirtschaft sehr verbittert. Ebenso war es auch mit dem Vieh. Wir mußten das Vieh billig abgeben, und wenn man die Häute von dem abgegebenen Vieh gewollt hat, mußte man noch ein paar Hundert Mark drauflegen, bis man sie bekommen hat (Sehr richtig! rechts). Das war eine Härte sondergleichen.

Aber dessen ungeachtet hat die Landwirtschaft bis heute ihre Pflicht getan, wie sie darin kein anderer Stand übertreffen kann. Auch die jetzige, schwere Besteuerung der Landwirtschaft hat überall nicht die Sympathie hervorgerufen, weil die Landwirtschaft eben ihre Sache vier- und fünfmal versteuern muß. Ich glaube, daß hierin Wandel geschaffen werden muß, wenn nicht in 5 oder 6 Jahren die Landwirtschaft durch Steuern erdrosselt sein soll.

Wir können die Landwirtschaft am besten fördern und heben durch Vorträge von Seiten der Landwirtschaftskammerbeamten, und von Seiten der Beamten auf Augustenberg wurde im letzten Jahre schon Vieles getan. Hoffentlich geht das so weiter. Der Nutzen davon war augenscheinlich. Bei allen denen, die diese Nutzanwendung gemacht haben — was für Saatgut man säen, welche Kunstdünger man anwenden soll, zu welcher Zeit und welche Mengen auf verschiedene Produkte — konnte man den Erfolg augenscheinlich sehen. Wir sind deshalb diesen Herren heute noch dankbar. Denn auch bei uns wurde eine Anzahl Vorträge gehalten, die sehr nützlich sind. Es wurde heute früh auch gesagt, die Söhne der Kleinbauern würden die landwirtschaftlichen Schulen nicht besuchen. Ich kann nur sagen, daß wir der Regierung sehr dankbar sind, daß in Graben eine solche Schule errichtet wurde. Diese Schule ist bereits von meistens Kleinlandwirtssöhnen besucht. Es ist das sehr wichtig, weil die Landwirtschaft eben auch der Neuzeit entsprechend ihre Betriebe einstellen muß.

Was die Rindviehzucht anbelangt, muß ich sagen, sie hat im letzten Jahre schwere Einbuße erlitten; erstens mußte durch die große Dürre das Vieh abgeschafft werden, und zweitens entstand eine schwere Einbuße durch die immer fortgrassierende Maul- und Klauenseuche, wo viele Tiere umgestanden sind, viele verkalbt haben, so daß der Viehstand sehr reduziert wurde. Hier möchte ich die Regierung bitten, daß bei Wiedereintritt der Maul- und Klauenseuche dafür gesorgt wird, daß die Sperrmaßregeln wieder besser wie bisher durchgeführt werden. Denn nur dadurch kann man die Seuche eindämmen. Ich kann aus Erfahrung sprechen. Wo ich in meinem Orte die Ställe abgesperrt habe, hat die Seuche nicht auf den Nachbarn übergegriffen, trotzdem die Seuche im gleichen Hofe im anderen Stall war. Daraus geht hervor, daß man nur durch Absperrungsmaßregeln — daß die Leute nicht zusammenlaufen oder ihr Vieh nicht solchen hergeben können, welche die Seuchen im Stalle haben — die Seuche eindämmen kann. Das ist das beste Mittel. Es ist deshalb sehr erfreulich von Seiten der Regierung, daß dieses Jahr der Versicherungsbeitrag auf 6 160 000 M. erhöht wurde. Bisher waren es 953 000 M., ein Mehr von 5 207 000 M. Es ist das sehr gut, weil auch die Viehpreise kolossal in die Höhe gegangen sind, so daß man, wenn man ein Unglück hat, nicht mehr imstande ist, ein Tier für das geschlachtete Tier anschaffen zu können.

Was den Weinbau anlangt, nur ein Wort! Der Weinbau wurde ja von verschiedenen Seiten schon behandelt. Auch ich bin der Ansicht, daß es von großem Nutzen ist, daß man das Weinbauinstitut in Freiburg errichtet hat, um dadurch zu erzielen, daß wir vielleicht dazu kommen können, wie im Elsaß, daß man neue Sorten pflanzt, die krankheitswiderstandsfähig sind, die nicht befallen werden von den Rebkrankheiten der alten Reben. Denn die alten Reben müssen wir ja nur künstlich erhalten. Ich will damit nicht sagen, wir wollen unsere guten alten Sorten ausmerzen. Aber ich will damit sagen, daß wir, wenn wir neue anlegen müssen, auch neue Setzlinge bekommen können. Man hat ja in Colmar drüben in dem Institut Oberlin schon verschiedene Sorten gezüchtet, die krankheitsfrei sind, die einen sehr guten Wein liefern und reichtragend sind. Zweitens, wenn sie durch Frost leiden, daß sie das zweitemal wieder viel Gescheine treiben. Deshalb möchte ich empfehlen, daß hier alles getan wird, weil doch für manche Gegenden Badens der Weinbau eine Lebensfrage von unendlicher Bedeutung ist. Der Weinbau hat ja in den achtziger Jahren einen Rückgang erfahren, weil da die Fehljahre waren, und die Leute dadurch sehr verschuldet wurden. Um so mehr waren ihnen die besseren Jahre der letzten Zeit zu gönnen.

Ein Wort zum Tabakbau. Der Tabakbau ist auch für manche Gegenden Badens eine Lebensfrage. Es wird von vielen Seiten gesagt, der Tabakbau sollte eingeschränkt werden, um dafür Lebensmittel zu pflanzen. Wenn der Tabakbau schädlich wäre für die Lebensmittelpflanzen, dann wäre er doch bisher weiter in die Höhe gegangen. Der Tabakbau ist aber im Gegenteil sehr zurückgegangen. Der Herr Minister hat das auch zugegeben. Aber wichtig ist beim Tabakbau, daß die Nachfrucht vom Tabak eher den doppelten Ertrag liefert, als wenn man sonstige Produkte baut. Wenn in einem Tabakacker Kartoffeln gepflanzt werden oder Weizen oder sonst eine Getreideart, so gibt es den doppelten Ertrag, weil der Tabak die Äcker nicht ausbeutet, sondern weil er den Humus zurückläßt und die vielen Schranken, die auch zur Düngung sehr gut sind. Und zweitens sollte der Tabakbau nicht reduziert werden, weil Tausende und Abertausende von Arbeitern und Arbeiterinnen im Tabakgewerbe beschäftigt sind und dadurch ihren Lebensunterhalt fristen können. Ich möchte hier auch im Namen des Kollegen Hartmann, der auf das Wort verzichtet hat, sagen: Bezüglich des Tabakbaues hat ja die Landwirtschaftskammer schon vieles getan durch Tabakbauförderung, Züchtung von Tabaksorten, durch gute Saatzucht, Züchtung von Qualität usw. Es ist das sehr zu begrüßen, und wenn es so fortschreitet, können wir von unserem Tabak auch Zigarren bereiten, ohne von dem teueren Ausland Tabak beziehen zu müssen.

Ein Wort zur Laubstreufrage. Der Ruf nach Laub erschallt zurzeit überall vom Schwarzwald bis zum Odenwald und vom Rhein bis zum Main (Sehr richtig! beim Zentrum). Wo man hinkommt, wird nach Laubstreu gerufen, weil durch die große Dürre der starke Futtermangel eingetreten ist. Um das Vieh zu halten, müssen die Landwirte ihr Stroh verfüttern, und dadurch ist die Laubstreu um so notwendiger geworden. Ich habe in Ortschaften Ställe gesehen, wo das Vieh auf dem Pflaster liegt. Es ist doch eine Härte, wenn man

Badische Landesbibliothek Karlsruhe
Baden-Württemberg

das Laub ohne dringende Not zurückbehält. Ich glaube, daß das, was die Forstdirektion gesagt hat, nicht ganz richtig ist. Denn ich kenne Stellen, wo die Beamten des Waldes jedes Jahr auf der gleichen Stelle ihr Laub holen, ohne daß man aber einen Unterschied merkt und sieht, daß der Wald dadurch zurückgegangen ist. Mithin ist diese Angabe hinfällig. — Man sagt uns, wir sollen Torfstreu benützen. Torfstreu ist recht für Pferde. Die Torfstreu ist warm, aber Dung gibt es lange keinen. Die Torfstreu muß wochenlang, monatelang im Stall liegen und damit ist dem Landwirt nicht gedient. Wir brauchen viel Dung, wenn wir die Produktion steigern wollen. Torfstreu ist angebracht für nasse Böden, auf nassen Wiesen. Aber auf trockenen Feldern, wie bei uns und in manchen anderen Gegenden auch, ist die Torfstreu nicht nützlich, sondern sogar schädlich.

Was den Obstbau anlangt, nur ein Wort. Hier sollte die Regierung dafür sorgen, daß man im Obstbau dazu übergeht, spätblühende Sorten zu pflanzen, welche reichtragend sind. Denn unsere alten Obstsorten sind vielfach degeneriert und blühen früh, und der frühe Frost, wie im letzten Jahr auch wieder, hat sie einfach kaput gemacht. Die spätblühenden dagegen waren schon seit Jahren die reichtragenden. Man sollte daher dafür sorgen ,daß nur solche Sorten eingeführt werden. Ich habe diese Ausführungen auch schon in der Landwirtschaftskammer gemacht, und ich hoffe, daß es nach und nach dazu kommt, daß hier bezüglich des Obstes, das ja auch sehr viel zur menschlichen Ernährung beiträgt, und für junge Leute sehr gesund ist, hier Wandel geschaffen wird.

Nun noch ein Wort zur Hagelversicherung. Die Hagelversicherung ist bei uns noch sehr im Rückstand, trotzdem jedes Jahr Millionenwerte durch Hagelwetter in kürzester Frist den Landwirten vernichtet werden. Manche glauben, die Hagelversicherung sei zu teuer. Aber ich muß doch sagen, daß sie auch nobel bezahlt. Wenn sie teuer ist, und es hagelt nur alle 5 Jahre, so hat der Landwirt auf einmal so viel Hagelentschädigung zu bekommen, daß er fünf Jahre nacheinander versichern kann aus der Entschädigung von einem Jahr.

Ich will damit schließen und möchte nur bitten und wünschen, daß die Gegensätzlichkeit zwischen Stadt und Land immer mehr verschwinden möge und unsere Zeitungen mehr dahin wirken, daß dies geschieht. Wir sind doch alle bestrebt, für die Bevölkerung zu sorgen. Wir sind alle Brüder. Deshalb sollten wir uns nicht befeinden, sondern gemeinsam vorgehen, um aus diesem Elend, aus diesem Chaos, in das wir durch den verlorenen Krieg hineingetrieben worden sind, wieder in Bälde herauszukommen (Beifall beim Zentrum).

Abg. **Bock** (Komm.) — Bravorufe links —:

(Zu den Sozialdemokraten gewendet) Ich weiß nicht, ob Ihr auch nachher Bravo! sagt.

Es ist in der umfangreichen Debatte über die Nöte der Landwirtschaft auch das geplante Hilfswerk für die Landwirtschaft erwähnt worden, und ich möchte sagen, sogar lobend erwähnt worden. Auf den Kern dieses Hilfswerks selber, von dem immerhin sehr viel für die deutsche Landwirtschaft abhängen soll, ist dagegen niemand hier eingegangen. Ich weiß nicht, ob dieses Nichteingehen etwa einem nicht guten Gewissen entspricht. Ich persönlich bringe es nicht gut fertig, an die Selbstlosigkeit dieses Hilfswerkes für die deutsche Landwirtschaft zu glauben. Ich habe vielmehr die Auffassung, daß dieses Hilfswerk für die deutsche Landwirtschaft ein Hilfswerk des deutschen Industrie- und Agrarkapitals ist zu seinen eigenen Gunsten, aber nicht zugunsten der Landwirtschaft, sondern ich möchte sagen, zum Schaden der Landwirtschaft. Das ist zunächst meine Auffassung.

Das deutsche Industrie- und Agrarkapital sieht eine Vereinigung vor, die auf dem Wege der Kreditgemeinschaften 20 Milliarden Mark aufbringen will, um zunächst eine Einfuhr, deren Kosten bisher 2½ Milliarden Mark ausmachten, zu sparen. In einer Programmerklärung ist zu lesen: „zu einer bis zur völligen Unabhängigkeit vom Ausland getriebenen Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion zu kommen", sei der feste Entschluß, sei keine Phrase.

Gleichzeitig verlangen die Organisatoren dieses Hilfswerks den Abbau der Reparationsforderungen, weil diese ein Hemmnis der Produktion seien. Sie verlangen überdies und erwarten, daß die Regierung keine Maßnahme treffe, die geeignet sei, der Landwirtschaft Betriebsmittel zu entziehen. Das heißt auf deutsch etwa „Steuerfreiheit"; denn Gelder werden in diesen Kreisen restlos als Betriebsmittel angesehen selbst dann, wenn sie nicht im Betrieb zirkulieren. Es scheint mir nun immerhin nicht ganz uninteressant, diese selbstlosen Helfer des deutschen Bauern etwas näher zu betrachten und festzustellen, warum sie nun denn plötzlich — ich sage „plötzlich" — die Absicht haben, zu helfen.

Hier ist nun zunächst der Reichslandbund beteiligt, von dessen Geist hier schon einmal einges gesagt worden ist, nämlich von jener Hannoverschen Tagung, wo der Freiherr von Wangenheim als Held des Kappuitsches jubelnd begrüßt wurde — man sieht nicht leicht, was das mit der Landwirtschaft zu tun hat —, wo auch antisemitische Lichtbildervorführungen große Begeisterung erweckten — ich sehe auch hier nicht, wie diese Lichtbilder mit der Landwirtschaft in enger Beziehung stehen — und wo auch dann, wenn ich nicht irre, der Abg. Hepp eine Rede hielt, in der er nachwies, daß es der vielgeschmähte Militarismus gewesen sei, dem Deutschland Frieden und Arbeit zu verdanken gehabt habe. So nachträglich aus der Perspektive betrachtet, hat man das Gefühl, daß man diesem „vielgeschmähten Militarismus" etwas ganz anderes zu verdanken habe, unter anderem auch den Zusammenbruch der deutschen Wirtschaft und für die arbeitenden Massen Deutschlands kein Brot! Das ist so nachträglich der Standpunkt des bei dieser Aktion nicht persönlich aktiv Beteiligten, das Ergebnis einer Perspektive über die Nachwirkungen dieses nach seiner Meinung viel geschmähten Militarismus. Und das Programm, das der Herr Hepp dort aufstellte, hieß „Das Hilfswerk für die Landwirtschaft", das aber weit über die Landwirtschaft hinaus gehend die Arbeitnehmer und Arbeitgeber über die soziale Kluft hinüberbringen werde. Also rundweg die Lösung der sozialen Frage! Und Sie werden zugeben, daß das einerseits ein sehr großes Programm ist, wie man andererseits sehr erstaunt sein wird, daß ausgerechnet diese Leute dort plötzlich Interesse daran finden, die soziale Kluft zu überbrücken, die sie, soweit die Großagrarier in Frage kommen und die Großindustrie, durch eine immerhin außerordentlich wirksame Ausplünderung der breiten Massen erst geschaffen haben. Jene Kluft, die heißt: Reichtum und Armut. Wo wirtschaftliche Sorgen nicht vorhanden sind, ist auch keine Kluft gegeben. Aber besagte Kluft ist vorhanden und hat sich durch die Wirkung eben dieser gleichen Kreise, die jetzt als Helfer in der sozialen Not auftauchen, außerordentlich verschärft.

Der andere Helfer ist der Reichsausschuß der deutschen Industriellen, Leute, die beispielsweise als Kunstdüngerfabrikanten durch ihre Profitgier an der Landwirtschaft nach meiner Meinung zum Zusammenbruch der Landwirtschaft außerordentlich viel beigetragen haben, die weiter als landwirtschaftliche Maschinenbauindustrielle ihre Maschinen zum Teil zu sehr hohen Preisen den deutschen Bauern verkauft haben, zum andern zu noch höheren aber auf dem Weltmarkt billigeren Preisen ins Ausland hinaus warfen, wobei zum Teil beide, die Kunstdüngerfabrikanten wie die Maschinenfabrikanten, die offizielle Ausfuhr noch durch die in-

Badische Landesbibliothek Karlsruhe
Baden-Württemberg

offizielle, durch das Schieben vergrößerten. Jedenfalls war die Wirkung beider Kreise zusammen die, daß der deutsche Bauer über zu wenig und über zu teueren Dünger verfügte, und daß er über zu wenig und über zu teuere Maschinen verfügte. Daraus ergibt sich, daß der wahre Charakter dieser Helfer durchaus nicht selbstlos ist und durchaus nicht so uneigennützig, sondern sehr eigennützig am Hilfswerk interessiert ist. Aber nicht zu seinen Ungunsten, sondern umgekehrt zu Ungunsten des deutschen Bauern.

Nach meiner Meinung können solche Leute, die wie hier der Herr Abg. Schön feststellte, in der Industrie nicht einmal die Not des Bezugs landwirtschaftlicher Maschinen in Deutschland stillen konnten — wenn ich nicht irre, sagte der Herr Abg. Schön, daß seines Wissens nur eine einzige deutsche Fabrik ihre volle Produktion an die deutsche Landwirtschaft abgebe — nach meiner Meinung können solche Leute sich natürlich nicht als selbstlose Helfer aufspielen. Sie kommen damit in den Verdacht, daß ihre selbstlose Hilfe nur eine Fortsetzung der bisherigen Zerstörung der Produktion der deutschen Landwirtschaft auf anderem Wege ist, um das gleiche Ziel zu erreichen, nämlich fette Profite und Dividenden für ihre Zwecke zu beziehen.

Bisher haben beide Kreise sowohl den deutschen Inlandsmarkt, wie den Auslandsmarkt ausgenützt. Der Inlandsmarkt ist mittlerweile erledigt. Trotz besagten hohen Löhnen und ich füge hinzu, trotz besagten hohen Einnahmen für die Kleinbauern ist die Kaufkraft der breiten Massen, so man Volk nennt, nicht mehr vorhanden. Genau wie in den nichtlandwirtschaftlichen Volkskreisen eine riesige Warennot an allen Bedarfsartkeln besteht, gleicherweise besteht in den Kreisen der Kleinbauern diese Not an Waren landwirtschaftlichen Charakters, von den Steinen, den Ziegelsteinen, angefangen für Neu- oder Erweiterungsbauten, bis zu technischen Dingen an Maschinen selber. Aber beiden Kreisen, den landwirtschaftlichen wie den übrigen Volkskreisen fehlt zum Bezuge dieser Bedarfsartikel das nötige Kleingeld, es fehlt ihnen die Kaufkraft. Demzufolge ist es eine wirtschaftlich ganz natürliche Erscheinung, daß, wenn die Inlandskaufkraft versagt, auch die Inlandsindustrie versagt. Wenn weitere Absatzmöglichkeiten zu Provitzwecken nicht geboten werden, tritt Stillstand ein; wie Sie es nennen, Handel und Wandel kommt in jene bekannte Krise.

Nun hat bisher das deutsche Kapital sich damit geholfen, daß es in steigendem Maße das Ausland belieferte. Es gibt ja Leute, die über den gegenwärtigen Stand der sogenannten Handelsbilanz sehr erfreut sind. Wenn man sie näher betrachtet, erweckt sie nur sehr schmerzliche Empfindungen, denn es ist alles andere mehr als eine aktive Handelsbilanz. Ich will aber an dieser Stelle oder in dieser Stunde auf diese Frage nicht näher eingehen. Aber ich will feststellen, daß trotz der steigenden Auslandsbelieferung die Aussichten für eine weitere Belieferung des Auslands und damit für weiter steigende Einnahmen sehr wenig hoffnungsvoll sind, vom Standpunkt des deutschen Kapitals aus. Es wird Ihnen nicht entgangen sein, daß in der ganzen Welt, zum starken Teil mitbervorgerufen durch die deutsche Konkurrenz, die draußen wirkte wie Schmutzkonkurrenz, infolge der ständig sinkenden Kaufkraft des deutschen Geldes, ich sage, es wird Ihnen nicht entgangen sein, daß diese vergrößerte Ausfuhr die Wirkung gehabt hat, daß im Ausland in verschiedenen Ländern die dortige Industrie selber zerschlagen wurde. Dadurch wurde, ganz abgesehen von der Arbeitslosigkeit großer Industrieländer selbst in kleinen und kleinsten Ländern, wie in der Schweiz, wie in Skandinavien, die Arbeitslosigkeit so ungeheuerlich groß, daß sie beispielsweise in Dänemark und in der Schweiz über ein Drittel der dortigen Fabrikarbeiter bereits trifft. Wenn in einem solchen Maßstabe Arbeitslosigkeit im Auslande entsteht, sinkt natürlich — genau wie bei uns im Inlande bei der mangelnden Kaufkraft — auch dort im Auslande die Aufnahmefähigkeit des Marktes. Sobald breite Volksmassen durch die Arbeitslosigkeit nicht mehr in der Lage sind, zu kaufen, wanken die dortigen Industrien, brechen zusammen, sind nicht mehr Bezieher von Rohstoffen, von Maschinen oder anderen Dingen. Dementsprechend wankt auch die deutsche Industrie auf dem Auslandsmarkt durch die Wirkung der deutschen starken Belieferung.

Aber das ist nicht das einzige, sondern es wurde — und mit Recht — von diesen selbstlosen Helfern im Hilfswerk auch das Wort „Abbau der Reparationszahlungen bezw. -hemmungen" gefordert. In Wirklichkeit sind diese Reparationsforderungen oder -hemmungen auch die Hauptursache dieser selbstlosen deutschen Landwirtschaftshilfe, und zwar aus dem Grunde, weil die Reparationen ihnen nicht erscheinen als Hemmungen für die deutschen Volksinteressen — es sind gewiß solche Hemmungen —, sondern zunächst für ihre näherliegenden persönlichen Profitinteressen. Es ist für mich manchmal sehr amüsant, wenn ich zuhöre, wie der Durchschnittsbürger in der Auslandspolitik sich beispielsweise darüber entrüstet, daß der französische Chauvinismus so jede Gegenseitigkeit, jede Anbahnung von besseren wirtschaftlichen Beziehungen verunmöglicht, daß hingegen in der Beziehung England viel realistischer und viel geschäftlicher und klüger sei und noch viel mehr entgegenkommend sein würde, wenn nicht das böse Frankreich usw.

Die Dinge liegen in der Natürlichkeit immerhin etwas anders. Sie liegen so, daß England, der Vetter, in diesem Fall selbst Großindustrieller ist und unter dem Namen „Garantien" in die deutsche Industrie Hemmungen hineinwirft, die außerordentlich unangenehme Nachwirkungen haben. Zunächst für die breiten Volksmassen, aber auch — und das ist in Deutschland immer das Wesentliche — für jene Kreise, die in Deutschland die Grundlage des Staates bilden, für die Schwerindustrie, für die Handelskreise. Und diese Hemmungen — um da nur in ein paar kurzen Worten zu nennen — sind beispielsweise Erhöhung der Tarife der Eisenbahn und Post usw., Erhöhung der Kohlenpreise, Ausgleich des deutschen Budgets, Verhinderung der Kapitalflucht, Stillegung der Notenpresse usw.

Diese Dinge, einzeln in ihrer Wirkung betrachtet, haben das für die deutsche Industrie so unangenehme Gesamtergebnis, daß sie zunächst die deutsche Produktion außerordentlich verteuern und die deutschen Preise den Weltmarktpreisen entgegentreiben. Aber in demselben Maßstabe wie dies geschieht, und auch durch die sinkende Valuta nicht aufgehalten wird, ich sage, in demselben Maßstabe wird England — und das ist ihm das erwünschte Kriegsziel, das es nun im Frieden erreicht — von diesem Konkurrenten befreit, kann selber nach seiner Auffassung industriell aufatmen, ist diesen Dränger los, kann wirtschaftlich gesunden.

Indem aber nun die deutsche Industrie durch die Kaufkraftlosigkeit des Inlandmarktes auf den Export, auf die Belieferung des Auslandes aufgebaut ist, wird sie durch das Zusammenbrechen der ausländischen Kaufkraft aus Gründen, die ich vorhin auseinandergesetzt habe, und da durch die Reparationshemmungen der Export eingedämmt wird, nach kurzer Zeit rückläufig werden. Wenn dann noch nebenbei der Faktor auftritt, den ich hier schon einmal erwähnte, daß infolge des dauernden Sinkens der Valuta es auch ausgeschlossen ist, in genügenden Mengen der Ausfuhr entsprechend auch Rohstoffe wieder einzuführen, dann heißt das mit anderen Worten, daß in absehbarer Zeit der Auslandsmarkt für Deutschland zusammenbricht, und daß man sich rechtzeitig umschauen muß nach neuen Verdienst- und Profitmöglichkeiten. Und dieses Umschauen hat ergeben, daß das Aschenbrödel von damals

Badische Landesbibliothek Karlsruhe
Baden-Württemberg

ein großes Kind von heute sein kann, nämlich besagte zusammengebrochene Landwirtschaft. Das großagrarische Kapital, das sehr gut Gelegenheit gehabt hätte, die deutsche Abhängigkeit von ausländischer Einfuhr von Lebensmitteln herabzumindern, zog es im Gegenteil vor, um Kosten zu sparen, große Flächen deutschen Landes brach liegen zu lassen und dadurch die Lebensmittelpreise in die Höhe zu treiben. Dieses Agrarkapital wünscht sich entsprechend zu betätigen und kommt nun zusammen mit seinem Bruder, dem Handels- und Industriekapital, das im Auslande nicht mehr rentierend zirkulieren kann und im Inlande rentierend angelegt zu werden wünscht. Und diese beiden entdecken nun, daß die Kaufkraft bei den deutschen Kleinbauern so wenig gegeben ist wie in den weiten deutschen Volksklassen, daß aber auf dem Wege von einer Kreditgemeinschaft doch diese selben Massen einerseits kauffähig und andererseits auch zinspflichtig gemacht werden können.

Denn diese Kreditgenossenschaften hätten nicht den leisesten Sinn, wenn eine Kaufkraft gegeben wäre, dann könnte man liefern bar gegen bar. Dann würden die vorhandenen Aktienkapitalien und die Kapitalien der Großagrarier genügen, um eine großzügige, billige Produktion zu ermöglichen. Aber da die Kaufkraft nicht gegeben ist, ist die Rendite nicht gegeben, und man muß den Käufer erst dadurch kaufkräftig machen, daß man ihn mit Kreditoperationen zinslich verpflichtet. Sie werden zugeben, daß die Benutzung des Kredites für die Bauernschichten, denen der Ertrag ihres Bodens bisher keine Überschüsse brachte und nicht bringen konnte, weil die Preispolitik die Politik des Großagrariertums ist, daß diesem Bauern wenig damit geholfen sein kann, wenn er nun bei seiner jetzigen Verschuldung noch weiter verschuldet wird und unter Verschuldung seine Wirtschaft rentabler gestalten soll. Es wird nämlich dann die bisherige Verschuldungswirkung nicht beseitigt, da die Preispolitik des Großbauerntums, höhere Verkaufspreise zu erzielen für seine auf Verkauf eingestellte Produktion, die gleiche bleibt, während der Kleinbauer nicht in der Lage sein wird, seine Produktion unter diesem Hilfswerk so bald und so nennenswert zu steigern, daß er nicht mehr als Käufer von landwirtschaftlichen Produkten aufzutreten braucht. Er wird nach wie vor gezwungen sein, sowohl Getreide wie Futtermittel zu kaufen, und wird dann die Erfahrung machen, daß der Kauf dieser Dinge ihn nicht vorwärts, sondern rückwärts bringt, und daß die Bauernpolitik des Großagrariertums nicht seine Politik sein kann. Schauen Sie sich einen Augenblick einmal diese selbstlose Firma an, das Hilfswerk der deutschen Landwirtschaft, an der — nebenbei gesagt — so ziemlich alle bürgerlichen Parteien stark interessiert sind, und für deren Programm sie sehr stark eintreten unter dem selbstlosen Namen „Hilfe", und Sie werden sehr rasch sehen, daß von Selbstlosigkeit da herzlich wenig zu finden ist.

Zunächst die Hauptforderung: Beseitigung und zwar restlose Beseitigung der Zwangswirtschaft. Wenn hier .... (Glocke des Präsidenten).

Präsident **Wittemann** (unterbrechend):

Ich höre zeitweise mehr Gemurmel als den Herrn Sprecher selbst. Ich bitte die Unterhaltung etwas ruhiger zu gestalten!

Abg. **Bock** (fortfahrend):

Das ist die große Achtung, die die Herren unseren Reden entgegenbringen! (Abg. Schön: Das geht allen so!). Ganz so Gemeinplätze sind es, glaube ich, nicht, was ich hier gesagt habe. (Zum Abg. Schön gewendet:) Ich kann mich erinnern, daß ich Ihrer Rede gestern sehr aufmerksam zuhörte.

Ich sage: Die erste und die Hauptforderung, die hier gestellt wird, ist die auf Beseitigung und zwar restlose Beseitigung der Zwangswirtschaft. Sie wird diejenige Wirkung haben, die hier bereits der Herr Abg. Strobel gekennzeichnet hat: einerseits, wie ich zugebe, schrankenlosen Profit zu garantieren, andererseits aber jene Folgen hervorzurufen, welche Sie gerne die „Politik der Straße" nennen, und die Ihnen so herzlich unsympathisch ist. Das wäre also, was zunächst gefordert wird.

Aber auch das Umlageverfahren soll beseitigt und zwar gleichfalls restlos beseitigt werden. Es ist zuzugeben, daß das Zentrum es vorzüglich fertig bringt, hier den verschiedenen Wünschen zu entsprechen je nach den Notwendigkeiten, die sich aus der dem Zentrum eigentümlichen eigenartigen Zusammensetzung ergeben: daß sich also zunächst der Herr Abg. Seubert für die restlose Beseitigung der Zwangswirtschaft ausgesprochen hat (Zuruf des Abg. Dr. Baumgartner). Ihre katholischen Arbeiter werden darüber jedenfalls sehr erbaut gewesen sein! (Zuruf vom Zentrum). Ich habe auch die Rede gehört; das war ein klarer knapper Satz. Ich gehe mehr auf solche klare knappe Sätze und klare Reden als auf redaktionell sehr säuberlich zusammengestutzte Dinge, die nicht so klar sind — aus bestimmten Gründen nicht so klar sind: Man kann dann den einen Satz hervorheben, man kann den andern Satz hervorheben, man kann allen dienen. Und beim Zentrum dient man allen, weil man möglichst alle an den Karren spannen will. Das also nur nebenbei bemerkt.

Zweitens verlangt diese Gesellschaft der edlen Helfer oder wenn sie wollen der edlen Helferiche die Steuerfreiheit des Besitzes. Sie erklären, daß die Zwangsanleihe ein Schlag gegen das Hilfswerk sei. Ich weiß nicht, ob Sie den Mut haben, hier irgend wann, etwa bei den Steuerdebatten zu behaupten, daß die Zwangsanleihe etwas sei, was den Besitz drücke. Ich habe diese Auffassung nicht. Ich habe diejenige Auffassung, die Gerlach ausgesprochen hat; mit dem Ausspruch, den ich zitieren werde, wollte er wahrscheinlich nachweisen, daß die Zwangsanleihe überhaupt keine Belastung sei und darum auch nichts für die Nöte des Reiches ergeben könne. Ich sage: Ich habe die Auffassung, die Gerlach mit dem zu zitierenden Satze ausdrücken wollte: daß der Versuch, durch die Zwangsanleihe die Nöte des Reiches zu beseitigen — und nun folgen seine eigenen Worte — „der Versuch sei, einen nicht mehr vorhandenen Hosenboden noch flicken zu wollen". Diese Gesellschaft der edlen Helfer aber empfindet die Zwangsanleihe, die auch wirklich nichts erbringen wird — wir können uns darüber später ja einmal hier unterhalten — sie empfindet diese Zwangsanleihe als einen Schlag gegen das Hilfswerk, das heißt, sie wünscht nicht mit Steuern irgend welcher Art belästigt zu werden. Wenn sie so selbstlos dabei sind, dem bedrängten deutschen Bauern durch dieses Werk zu helfen, dann soll man das nicht noch obendrein „erschweren".

Drittens verlangen sie Schutz vor der Störung der Produktion. Das heißt ins gewöhnliche Deutsch übersetzt: auf dem Weg über die Schlichtungsausschüsse oder auf anderem Weg sollen die Fabriken der edlen Helfer als solche erklärt werden, an denen die Allgemeinheit stark interessiert sei, als „Lebensnotwendige Industrieen", die also vor Streiks geschützt werden müssen. Dieser Schutz vor Streik ist dann natürlich auch der Schutz vor irgend einer Hemmung der Verdienstmöglichkeit und dabei eine Sicherung für die in dieser Hinsicht sich ergebenden guten Dividenden.

Es ist für mich etwas unangenehm, feststellen zu müssen, daß der Vorsitzende des deutschen Landarbeiterverbandes, der Sozialdemokrat Schmidt, immerhin erklärt hat, an diesem Hilfswerk zugunsten der Landwirtschaft mitwirken zu wollen.

Badische Landesbibliothek Karlsruhe
Baden-Württemberg

Eine vierte Forderung — die zwar nicht als programmatische aufgestellt ist, die aber in der Regierungspolitik, in welcher diese Helfer durch stärkeren Einfluß vertreten sind, dort nun als die nächst vorangehende Frage bei Organisierung des Hilfswerkes betrachtet wird, ist die Schaffung des Arbeitszeitgesetzes; das heißt natürlich die Beseitigung des Achtstundentages. Auch auf diese Frage will ich hier zurzeit nicht eingehen; ich nehme an, daß uns diese Frage des Achtstundentages sehr bald beschäftigen wird. Sie bleibt eine Angelegenheit, die es verdient, daß grundsätzlich auf sie eingegangen wird. Der Soziale Ausschuß des Reichswirtschaftsrates hat über diese Frage Fachmänner einvernommen, und ich will nun hier nur meiner Verwunderung darüber Ausdruck geben daß in demselben Augenblick, als vor wenigen Tagen in einer Sitzung dieses Ausschusses die Vertreter des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, kategorisch erklärten, daß für sie am Achtstundentag nicht zu rütteln sei, der Sozialdemokrat Kaliski die Auffassung äußerte, der Achtstundentag genüge nicht, er empfahl eine fünfjährige „Suspendierung" des Achtstundentags. Ich hege für die sozialdemokratische Partei die Furcht, daß die Arbeiter sehr bald lernen werden, dieses Fremdwort „Suspendierung" ins Deutsche zu übersetzen, indem sie feststellen, daß diese Suspendierung die Beseitigung des Achtstundentags für fünf Jahre bedeute: Das heißt die Beseitigung bis auf den Sankt-Nimmerleinstag. So viel sei aber nur nebenbei bemerkt (Zuruf: In Rußland 12 Stunden!). Ja, ich glaube, Herr Kollege Stock, wenn wir einmal kein kapitalistisches Deutschland mehr haben, dann wird man zur Beseitigung der Verwüstungen, die in der Produktion und in der Landwirtschaft angerichtet worden sind, in manchen Betrieben jedenfalls anfangs vielleicht noch länger als 12 Stunden arbeiten müssen (Zentrum: Hört, hört!). Jawohl: „Hört, hört!" Aber wir haben dann die Möglichkeit, jene Leute, die grundsätzlich auf die Arbeit verzichten, soweit ihnen die Arbeit an die Hände kommen kann oder sich Arbeit aussuchen, die gesellschaftlich in keiner Weise weder notwendig noch nützlich sind, zu wirklicher Arbeit anzuhalten. Ich erinnere beispielsweise an Advokaten; es gibt aber noch eine ganze Masse anderer Sorten von solchen Leuten (große Heiterkeit). Ich erinnere auch jene Leute, die — um das nebenbei zu bemerken — in der Presse so lebhaft und schmutzig tätig sind Sie, die Presseleute, stellten beispielsweise von mir die Behauptung auf. . . . (Glocke des Präsidenten).

Präsident **Wittemann** (unterbrechend):

Herr Kollege, ich möchte Sie bitten, sich über die Presse nicht in derartig abfälliger Weise zu äußern.

Abg. **Bock** (fortfahrend):

Also jene Presse, die sich bisher das Vergnügen machte, im badischen Lande verschiedenes über mich zusammenzulügen; Beispielsweise, daß ich, als der Herr Minister uns einige Kapitel verlas, fluchtartig den Saal verlassen habe — oder jene Presse, die kürzlich behauptete, es sei bezeichnend für die kommunistische Bildung, daß der kommunistische Abgeordnete Bock im Landtag die Füße auf den Tisch zu legen pflegte (Heiterkeit). Ich könnte diese Darlegung auch auf weitere Pressemitteilungen, beispielsweise auf solche des Landbundes, ausdehnen; aber ich will heute darauf verzichten, auf diese Fragen einzugehen. Ich weiß nur so viel: daß man diese Tintenkulis irgendwo anders viel nützlicher beschäftigen könnte.

Es wäre also jedenfalls möglich mit einer ganzen Masse von bisher gesellschaftlich — oder sagen wir in einer „besseren Gesellschaft" —— für notwendig angesehenen Arbeiten wirkliche Arbeit zu verrichten, und ich bilde mir ein, daß man bei der Organisierung dieser allgemeinen Arbeitspflicht sehr bald in der „Übergangs"zeit von der zwölf- und noch mehrstündigen Arbeitszeit weit unter die achtstündige heruntergehen könnte. Speziell dann, wenn beispielsweise die Industrie nicht eine so ungeheure Kraftverschwendung durch eine Reihe von Methoden treiben wollte, indem sie technische Mittel nicht richtig verwendet. So hebt beispielsweise die Methode, durch Patentgesetze die moderne Technik zu regulieren, die allgemeine Produktion nicht, ebenso wenig die Methode, in tausenden, oder ich weiß nicht in wieviel kleinen Mühlen — statt in wenigen modernen großen Mühlen — tausende, ja vielleicht hunderttausende von Zentnern Getreide statt zu Mehl in Staub zu verwandeln und es dann verstauben zu lassen; auch das hebt die Produktion nicht.

Es gibt also außerordentlich viele Möglichkeiten, und ich gebe davon nur wenige Beispiele, die zeigen sollen, wie es möglich wäre, die Produktion außerordentlich zu heben und dabei die Arbeitszeit sehr entschieden zu verkürzen (Sehr richtig! auf der äußersten Linken) Aber das alles nur nebenbei.

Nun hält auch die Regierung es für notwendig, auf alle Fälle wenigstens die Getreideumlage zu sichern und mit diesen und ähnlichen Dingen die notwendigste Ernährung für die Masse der Bevölkerung sicher zu stellen.

Aber der Minister Remmele — und das ist bezeichnend — dessen Ausführungen sicher einen Widerhall geben von wirklichen Nöten in den breiten Massen im Lande, seine Rede fand kein entsprechendes Echo. Das ist ihm eben noch ausdrücklich versichert worden. Und sie konnte kein Echo finden, wenn seine ganze Unterlage für die Sicherung das christliche Sittengesetz ist, denn bei besagtem christlichen Sittengesetz und bei dem vorhandenen Christentum und den anwesenden leibhaftigen Christen haben wir diese sehr unchristlichen Dinge eben trotzdem bekommen. Es kann deshalb der Appell an diese Christen, die diese Dinge eben geschaffen haben, mit dem besten Willen keineswegs . . . (Abg. Frau Dr. Bernays: Wenn wir keine Christen wären, wäre es noch viel schlimmer!). Ich weiß nicht; wenn ich zurückblicke in jene klassische Geschichte, da die Heiden herrschten, da waren die Dinge doch manchmal anders (Zurufe vom Zentrum und rechts: Oho! — Heiterkeit). Einen Augenblick, ich gebe zu, daß auch in Hellas der Gott der Kaufleute und Diebe Hermes hieß (Heiterkeit). Das will ich zugeben. Aber wenn nicht nur die Landesregierung, sondern auch die Reichsregierung das gleiche für notwendig hält, was hier der Minister Remmele in Worte kleidete, so ist der Regierung doch eine ziemlich kräftige Antwort geworden, die durchaus nicht etwa von Einsicht zeugt. Es war die Deutsche Tageszeitung, die vor wenigen Tagen eine Antwort gab, und zwar eine sehr schroffe Antwort, die davon sprach, daß sie Verwahrung einlege gegen die laienhafte Art, wie auf seiten der Regierung aus der großen Not der Gegenwart die größere Not der Zukunft bereitet wird.

Diese große Not der Gegenwart trifft natürlich jene Kreise nicht, die der Deutschen Tageszeitung nahe stehen. Und wenn sie nun behauptet, daß ein Sturm der Entrüstung durch die Landwirte gehen wird, die einmütig ein „niemals" erklären werden, so wird der Sturm der Entrüstung, der jene Kreise trifft, die außerhalb der Landwirtschaft sozusagen auch noch vorhanden sind, möglicherweise so gewaltig sein können, daß er, wie hier gesagt wurde, als Wind gesät, den Sturm bringen kann, der die Leute der Deutschen Tageszeitung und andere beiseite fegen wird (Zuruf rechts: Das ist Ihr Wunsch!). Nicht nur Wunsch, sondern es ist so der Gang der Geschichte (Zustimmung links). Es hilft dort kein „Rühren und kein Flehn, 's ist der Geschichte ehernes Muß". Sie können das

Badische Landesbibliothek Karlsruhe
Baden-Württemberg

vielleicht nachlesen (Zuruf rechts). Ja, ich weiß, Sie lesen grundsätzlich nichts, und man merkt es auch, daß Sie nichts lesen (Heiterkeit). Ich will mir deshalb die Mühe sparen, Ihnen solche Dinge zu empfehlen, die ich Ihnen von bürgerlichen Autoren nennen wollte, damit Sie vertrauensvoller herangehen. Ich will mir also die Mühe sparen, denn es wäre doch zwecklos. Es wäre (Zuruf: Vorläufig!) der Versuch, mit untauglichen Mitteln bei Ihnen eine taugliche Politik zu erzielen (Heiterkeit).

Und in der Tat sind nun die Bestrebungen, die die Helfer und Macher des Hilfswerks haben, ganz andere, als die der badischen oder der Reichsregierung. Wenn man sonst darüber nicht orientiert wäre, dann könnte man sich bei diesen Leuten heute in diesen Tagen umsehen und würde rasch orientiert werden. Da hat beispielsweise die Preußische Hauptlandwirtschaftskammer verlangt, „restlose Auflösung jeder staatlichen Bewirtschaftung" und hat gleichzeitig auch gegen die Zwangsanleihe protestiert, weil sie die Landwirtschaft schädige. Aber diesen Kreisen ist die Sicherheit, die bisher in der Regierung für ihre Politik gegen die Ernährungspolitik der breiten Massen gewährleistet ist, durchaus nicht genügend. Ihnen ist auch nicht genügend, daß sie beispielsweise in dem Reichswirtschaftsrat immerhin mit 68 Sitzen vertreten sind. Die Deutsche Bauernbund-Korrespondenz verlangt oder erklärt, es bestehe der Plan, eine Reichslandwirtschaftskammer als amtl. Berufsvertretung der deutschen Landwirtschaft mit 130 Sitzen zu bilden, d. h. neben dem allgemeinen Parlament wünscht man ein neues, speziell großagrarisches Parlament, um die Sicherheit zu haben, daß die Politik des Hilfswerkes auch politisch ihren Ausdruck findet und nicht gehemmt wird durch irgendwelche Instanzen, die heute noch in der Regierung und im Reichstag hemmend auftreten könnten.

Ich will bei dieser Gelegenheit bemerken, daß die Ausführungen des Herrn Abg. Weißhaupt, der da behauptete, die badische Landwirtschaftskammer sei paritätisch zusammengesetzt — ich glaube, es war der Herr Weißhaupt, der das sagte — daß die mich umsomehr in Erstaunen versetzen, als er vermutlich die Badische Landwirtschaftskammer kennt und besser kennen sollte, als ich. Ich habe die Dinge, die ich davon kenne, nur den amtlichen Berichten entnommen. Und da las ich, daß die Zusammensetzung so sei, daß hineingewählt wurden 36 Arbeitgeber-Vertreter und 8 Arbeitnehmer-Vertreter, und daß dieses Parlament noch von sich aus 12 weitere wähle, davon einen weiteren Arbeitnehmer. Das würde ergeben 56, wovon also ganze 9 Arbeitnehmer sind. Aber der Deutsche Landarbeiterverband, der gewiß sonst nicht gerade kommunistisch ist, war über dieses Meisterwerk, an dem auch meine Freunde dort (zu den Mehrheitssozialisten gewendet) mitgewirkt haben, so erschrocken, daß er es nicht als Parität ansah und sich nicht daran beteiligte. Es kam deshalb nur ein Arbeitnehmervertreter hinein, und das ist ein Gutsverwalter. Sie werden zugeben, daß man den nicht gerade als Arbeitnehmer so wie durchschnittlich einen landwirtschaftlichen Arbeiter betrachten kann. Es ist deshalb keine Parität vorhanden. Wie verträgt sich das damit, daß die deutsche Reichsverfassung im Artikel 165 Parität verlangt? Aber auf diesen verfassungsmäßigen Rechtsgrundsatz hat man hier außerordentlich gern verzichtet. Ich will das nur ganz nebenbei bemerken (Zuruf von der Sozialdemokratie. Christliche Arbeiter haben sich auch nicht beteiligt). Ich darf also noch eine Bemerkung hinzufügen, daß diese nicht vorhandene Parität Ihrer Landwirtschaftskammer auch auf Ihre christliche Arbeiter so außerordentlich anziehend gewirkt hat, daß diese es vorzogen, abzuziehen und sich auch nicht daran zu beteiligen.

Nun hat der Abg. Seubert behauptet, daß die Anilinfabriken in der Pfalz zu hohe Löhne bezahlen, daß die Bauern und Knechte in diese Fabriken abwandern (Abg. Seubert: Das habe ich nicht behauptet. — Zurufe: Weißhaupt!). Nun, dann der Herr Weißhaupt, der hat es behauptet. In Bezug auf diese Abwanderung in die Anilinfabriken sind die Löhne so hoch, wie es überall zu sein pflegt, papiermäßig außerordentlich hoch, real gerechnet, viel niedriger als vor dem Kriege. Sie sind natürlich alles andere als Existenzlöhne. Dagegen ist andererseits die Lage der Kleinbauern so, daß sie sich bei ihrer jetzigen Produktion nicht sattessen, sondern sich verschulden, so daß ihnen nichts weiter übrig bleibt, trotz der edlen Helfer und Retter der Landwirtschaft ihr Heil in der Fabrik zu suchen. Jene Löhne der Knechte haben bisher noch nicht die Höhe gehabt, daß sie etwa das „reizvolle Landleben" nun noch besonders anziehend gestaltet haben, so daß vielerorts, nicht allerorts, wo es noch so schön Herren und Knechte in der Landwirtschaft gibt, der landwirtschaftliche Knecht sich bei der unbeschränkten Arbeitszeit der Anhänger der Beseitigung des Achtstundentags nun doch lieber unter den Schutz der gewerkschaftlichen Beschränkung der Arbeitszeit begibt und lieber die immerhin viel zu niedrigen Industrielöhne vorzieht und in den Anilinfabriken arbeitet, trotzdem man dort in diesen Giften wirklich nicht so ohne weiteres Arbeit sucht, wenn man sonst noch lohnende Arbeit finden kann. Das ist etwas, das aber nicht dafür spricht, daß die Industrie mit ihren Löhnen verschwenderisch sei und schleunigst zugunsten der Bauern und Bauernknechte Lohnabbau treiben müßte, sondern es ist etwas, das etwas anderes ausspricht.

Aber ich setze voraus, daß es der Regierung etwa durch den Druck der Politik der Straße gelingen könnte, daß sie die Getreideumlage halten kann oder vielleicht sogar durch den gleichen Druck die Zwangsbewirtschaftung selber. Aber dann wird nach meiner Überzeugung für die Regierung nicht das Kleinste gewonnen sein. Denn in jenen Zeiten, da wir die Zwangswirtschaft hatten, gab es Kreise, die außerordentlich profitiert haben. Aber es war nicht die Masse des arbeitenden Volkes, das davon den großen Nutzen gehabt hat, das irgendwie seine Ernährung dadurch gesichert gesehen hätte, sondern die Ausplünderung ist nichts destoweniger durch die Großagrarier wie durch die bekannten Schieber und Wucherer in jeder Weise vor sich gegangen, wie genau dabei auch die Sabotage landwirtschaftlicher Produktion durch die Großbauern weiterbetrieben wurde. Außerdem bieten mir die Regierung und sonstige amtliche Instanzen nicht die Garantie, daß der Sinn der Getreideumlage und der Zwangsverwaltung etwa voll erfüllt würde und zwar deshalb nicht, weil die Regierungen und diese amtlichen Stellen durchsetzt sind mit anderen, anders interessierten Kreisen, weil bei der gegebenen, ich möchte sagen, Vetternwirtschaft, es etwas Selbstverständliches ist, daß Verfügungen auch Papier bleiben, die die Allgemeininteressen betreffen, wenn die Stelle die verfügt, nicht gerade allgemein aus diesen Interessenten zusammengesetzt ist.

Wenn ich die Reichsgetreidestelle nun als oberste Ernährungsinstanz nehme, so muß ich sagen: sie hat — wie viele Reichsstellen — durchaus nicht die Allgemeininteressen zum Grundsatz ihrer Politik gemacht. Ich will nicht gerade darauf abstellen, aber immerhin bemerken, daß ich in der „Karlsruher Zeitung" am 15. Februar las, daß der Landbund in Sachsen gegen die Reichsgetreidestelle Wucheranzeige erstattet habe, weil die Reichsgetreidestelle Kleie den Doppelzentner zu 37,50 M. einkaufte und ihn dann für 320 M. verkaufte (Hört! hört! beim Landbund). Dinge, die ungefähr genau so liegen, wie sie

Badische Landesbibliothek Karlsruhe
Baden-Württemberg

früher in der badischen Landwirtschaftskammer auch waren. Nun glaube ich bei der edlen Entrüstung des sächsischen Landbundes — und ich nehme an, er wird empört gewesen sein, weil er das Geschäft nicht selber machen konnte (Heiterkeit) — nicht an seine Selbstlosigkeit.

Weil ich gerade vom Landbund rede, vom sächsischen Landbund, möchte ich auch ein paar Worte verlieren über den badischen Landbund (Zuruf beim Zentrum). Es hat hier der Herr Abg. Hagin seinerzeit erklärt, die Rede, die er gehalten habe, habe er in Wirklichkeit garnicht gehalten. Aber mit dieser Erklärung konnte er die doch gehaltene Rede nicht aus der Welt schaffen, weil mehrere Landwirte und Teilnehmer an der Bauernversammlung in Welmlingen dort in unglückseliger Weise der Auffassung waren, sie hätten etwas gehört und haben Teile dieser Rede in der Presse wiedergegeben. Selbstverständlich nicht, um den Herrn Hagin nun zu belasten. Und in dieser Rede, d. h. in der Darstellung dieser Rede durch seine Bauern steht nun so allerhand darin, das mit dem Wort „Liebenswürdigkeit" nicht gedeckt werden kann. So heißt es sogar darin, daß es eine „Niederträchtigkeit" war, wenn beispielsweise die „Eisenbahner" die Lebensmittel dem deutschen Volke, wo es hungert, zugrunde gehen lassen" (Sehr richtig! beim Landbund). Ja, sehr richtig! Aber ich erinnere mich bei dieser Niederträchtigkeit, von der ich auch den Landbund nicht freispreche, der dadurch die Menschen hungern ließ, daß er die Niederträchtigkeit besaß, diese Lebensmittel auch zurückzuhalten, um dadurch mehr zu verdienen (Zurufe beim Landbund: Der Landbund nicht!). Sie schütteln den Kopf. Sie leben nicht außerhalb der Welt. Lesen Sie die Presse, lesen Sie, wie es mit den Kartoffeln und der Milch gegangen ist und ähnlichen Dingen, die jeweils so lange zurückgehalten wurden, bis der Profit genügte. (Zurufe beim Landbund). Aber auch wenn das nicht so wäre, (Erneuter Zuruf beim Landbund) glaube ich, scheint mir der Landbund nicht ganz berechtigt zu sein, sich dort, nun, wie soll ich sagen, zu empören, wenn man sein Benehmen nicht für besonders anständig hält. Wir Kommunisten sind gewiß keine Waisenknaben in bezug auf Schärfe (Zuruf beim Zentrum: Aber sicher nicht! — Heiterkeit). Ich muß sagen, trotzdem wir laut allgemeinen Urteils das „liebe Kind" heute nicht sind in der Ausdrucksform und in der Kritik, kommen wir mit dem Landbund nicht mehr mit (Heiterkeit). Und ich bezweifle (Zurufe: Hört! hört!), daß wir den Anschluß darin finden werden.

Ich war sehr erstaunt, ich möchte sagen, erschrocken, als ich eine Kritik des Landbundes in der „Badischen Landeszeitung" gegenüber dem Finanzminister Köhler las. Wir haben für den Finanzminister Köhler nicht mehr und nicht weniger übrig wie für jeden Minister dieser kapitalistischen Regierungen; wir halten sie für brave Sachverwalter des kapitalistischen Profits (Heiterkeit). Aber wir gehen nicht soweit, daß wir etwa die Behauptung aufstellen möchten, daß der badische Finanzminister darauf ausgehe, die Interessen der Beamten zu schädigen. Ich muß aus eigener Kenntnis hier im Hause nun feststellen und auch aus der Kenntnis der amtlichen Berichte, daß der Finanzminister Köhler, soweit seine Kassen in Betracht kamen, nach meiner Überzeugung jeweils dafür sorgte, daß die Beamten so schnell wie möglich Geld bekamen. Wenn es trotzdem nicht reichte, mag es nicht immer und überhaupt seine Schuld gewesen sein. Weiter habe ich nicht die Auffassung gewonnen, daß der Finanzminister Köhler in erster Linie etwa auch an seine Person dabei denke. Aber dem Landbund nach muß ich mich damit abfinden, daß dem Finanzminister die Sorge um die Existenz der Beamten doch nun gar keine Sorge ist, daß ihm aber beispielsweise die Sorge um eine luxuriöse Ausstattung seiner Dienstwohnung, luxuriöser, als sie zu Zeiten der Fürstlichkeiten gewesen sei, sehr am Herzen liege (Zuruf beim Zentrum! — Zuruf beim Landbund: Damit hat der Landbund nichts zu tun! — Zuruf des Abg. Freidhof! — Zuruf beim Landbund: Das gehört nicht in diese Rubrik!). Wenn es ein Kommunist behauptet hätte (Zuruf der Frau Abg. Unger), hätte man gesagt, es sei die übliche Übertreibung, die uns unfähig mache, objektiv zu sein. Wenn es nun der Landbund aber über sich bringt, solche Kampfeswaffen zu benützen, muß ich schon sagen: da kommen wir Kommunisten nimmer mit (Heiterkeit). Diese Methoden können wir nicht mitmachen und werden sie nicht mitmachen, wenngleich wir sicher keinerlei Konzessionen machen werden bei irgend welchen Ministern, wenn es sich darum handelt, Dinge scharf zu kritisieren, die nach unserer Meinung kritisiert zu werden verdienen. Das sei nur so nebenbei bemerkt!

Wenn nun der Landbund sich sonst aufspielt als Retter der Landwirtschaft, so muß ich sagen, die vorliegenden Anträge und seine sonstige hier zum Ausdruck gebrachte Methode der Interessenvertretung sind weder Bauern- noch Volksinteressenvertretung. Wenn man beispielsweise dort einerseits gegen die Genußsucht kämpft und andererseits von der Selbstlosigkeit der Landwirte spricht und besonders hervorhebt, daß die Landwirte es in Deutschland gewesen wären, die immer und zu jeder Stunde ihr alles gegeben hätten, sieht das beinahe so aus, als ob die übrigen Menschen in Deutschland, insbesondere die große Masse der Arbeiterschaft, doch eigentlich die Schmarotzer seien, die von den Erzeugnissen der anderen zu leben pflegen. Ich glaube, daß in Deutschland gerade die breite Masse der Arbeiter doch bisher keine andere Gelegenheit fand, als ständig tätig zu sein; daß sie aber im Gegensatz zu den Bauern, die der Landbund vertritt, bisher nicht in der Lage wären, sich das zu schaffen an Existenzsicherheit, daß der Bauer, der mittlere und der große, schon lange für selbstverständlich hält, nämlich, daß man zunächst soviel verdient, daß man leben und wohnen kann, aber über dies hinaus auch noch etwas extra hat. Nun zeigen Sie (zum Landbund gewendet) mir die Arbeiter, die Angestellten, die Beamten bis zu den mittleren, die wenigstens dies Kunststück fertiggebracht hätten, für alle ihre Arbeit nur soviel zu verdienen, daß ihre nackte Existenz gesichert sei. Man soll sich deshalb nicht als selbstlos aufspielen, wenn man weiß, daß die Existenz dort nicht gesichert ist, und man für selbstverständlich hält, daß man immerhin etwas mehr verdient als nur soviel zur Fristung der nackten Existenz.

Und auch die Methode, etwa die Volkswohlfahrt zu heben, durch die Sicherung der Fabrikation von Schnaps — diese Geschichte ist ja nicht auf den Landbund beschränkt, sondern auch die anderen Parteien halten es für notwendig, daß weiter Schnaps produziert wird. Ich glaube nicht, daß das der Weg ist, die deutsche Landwirtschaft zu retten, ob Sie ihn nun in kleinen oder großen Mengen produziert. Wesentlich ist, daß, wenn die Landwirtschaft auf Produzierung von Alkohol eingestellt wird, damit nicht nur intellektuelle Güter am Volkskörper vernichtet werden, sondern, daß vor allen Dingen trotz alledem und in großem Umfang auch Nahrungsmittel vernichtet werden. Es kann dem Bauer nicht dadurch geholfen sein, daß er Lebensmittel beseitigt und durch die Schnapsproduktion Wirkungen erzielt, die den Volkskörper als ganzes moralisch zersetzen und ruinieren müssen. Und ich wundere mich, daß man in jenen Kreisen, die nicht Kommunisten sind, und die Wert legen auf Moral, auf Ethik, ja auf christliche Sittengesetze, es mit dieser Anschauung verantwor-

Badische Landesbibliothek Karlsruhe
Baden-Württemberg

ten kann, Schnaps oder anderen Alkohol überhaupt zu produzieren und damit direkt einen Mord anzurichten an Kindern, an Frauen, am ganzen Volkskörper (Zuruf vom Zentrum). Es ist Mord. Ich entstamme einer Wirtschaft, einer Großstadtwirtschaft. Ich weiß, wie der Alkohol wirtschaftet. Und wer es nicht weiß, kann sehr rasch draußen im Lande sehen, wie der Alkohol wirtschaftet. (Abg. Frau Unger: Gegend von Achern!)

Ich hatte gesagt: Selbst wenn es der Regierung gelingt, das von ihr für nötig angesehene Projekt der Sicherung der Getreideumlage, der Aufrechterhaltung der Zwangswirtschaft auf den Gebieten, wo es nach ihrer Auffassung für die Volksernährung notwendig ist, durchzusetzen, dann ist nach meiner Meinung auch nichts geschehen. Bisher waren ja diese Sicherungen noch nicht restlos aufgehoben. Der Sturm auch im badischen Landtag, das Liebeswerben sehr vieler Parteien ging dahin, die restlose Beseitigung durchzusetzen. Eine Hemmung was bisher theoretisch gegeben, zum mindesten bei der Regierung, durch die sozialdemokratische Mitwirkung in der Regierung. Ich sage aber: diese Hemmung, sie war nur theoretisch gegeben. Denn ich lese im Korrespondenzblatt des Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes vom 21. Januar eine lebhafte Klage darüber, daß die Ernährungspolitik in Deutschland nicht zur Sicherung der Ernährung, sondern zu neuer Belastung der breiten Massen führe, und es heißt dort wörtlich:

> „Wir bekämpfen dieses System der Abwälzung der Lasten auf die Nichtbesitzenden und können auch in der Brotpreiserhöhung nichts anderes erblicken als eine Entlastung des Reichshaushaltes durch Mehrbelastung des Verbrauches anstatt des Besitzes."

Mit anderen Worten: Würde die Methode der noch vorhandenen Reste der Zwangswirtschaft und des Umlageverfahrens beibehalten, so würde diese Methode unter Ausschaltung der Zuschüsse gleichzeitig auch eine neue Belastung der breiten Massen bringen, das heißt, ihre Ernährung außerordentlich erschweren. Und ich kann mir nicht vorstellen, daß die bisherigen Instanzen, etwa der Kommunalverbände, eine Garantie dafür wären, die erfaßten Dinge rationell auszuteilen. Ich habe von den Kommunalverbänden so ungefähr die gleiche Auffassung, die man auch bei den Gegnern der Zwangswirtschaft hat. Ich halte sie nicht für Instanzen, die sich Vertrauen erworben haben durch besondere Billigkeit, wie auch meinetwegen durch besondere Ehrlichkeit.

Auch der Weg, den hier der Herr Kollege Schön vorgeschlagen hat, der ein eigenartiger Weg war — um das Wort zu gebrauchen: „Wenn man's hört, so möcht' es leidlich scheinen" — dieser Weg will mir absolut nicht imponieren als ein Ausweg. Er ist der Auffassung: Umlagepreis und freier Preis und die Zwischendifferenz mit staatlicher Sicherung so quasi in Anrechnung für Kali- oder Kunstdüngerlieferungen. Er ist dabei der Auffassung, daß dann zunächst billiges Brot und auch billiger Kunstdünger gesichert ist, weil nämlich der Staat dann durch seinen Einfluß auf die Preise dafür sorgen kann, daß in erster Linie Produktionsinteressen, das heißt Bauerninteressen, und nicht Industrieinteressen wahrgenommen werden. Dazu möchte ich bemerken, daß zunächst diese Methode der Zwischendifferenz zwischen Umlagepreis und freiem Preis allgemein heißt: Preis ist der hohe freie Preis, nur die Zwischendifferenz muß noch von jemand gesondert getragen werden, und dieser Jemand sind natürlich die breiten Massen des Volkes, die auf irgend einem Steuerweg diese Summen herbeischaffen müssen. Und mir scheint es fast gleich zu sein, ob diese Belastung der breiten Massen nun auf dem Weg des hohen Brotpreises oder in irgend eine anderen Form der Einziehung dieser Kosten geschieht. Aber praktisch muß auf alle Fälle dasselbe herauskommen.

Wenn Sie gesagt hätten: die Differenz zwischen den Preisen wird etwa genommen aus den Dividenden und Kapitalreserven jener Kunstdüngerindustrie, die die deutsche Landwirtschaft ausplündert, dann hätte man über diese Frage reden können. Aber davon ist keine Rede, sondern es wird die Allgemeinheit belastet werden. Und die Auffassung, daß der Staat durch diese Methode auf die Kunstdüngerpreise Einfluß bekommt, kann ich ebenfalls nicht teilen. Denn bisher war der Staat schon, als die selbstlose Hilfe sich noch nicht zu einem Hilfswerk organisiert hatte, sehr interessiert an der Förderung der deutschen Landwirtschaft. Aber er hat nichts desto weniger es nicht fertig gebracht, diese Preisdiktatur der Kali- und Kunstdüngersyndikate zu brechen. Er hat es nicht fertig gebracht, zu verhindern, daß Kunstdünger ins Ausland billiger kam, als er ins Inland geliefert wurde. Ich kann mir nicht gut vorstellen, daß der Staat, in dem die Interessen der Kaliindustrie sehr gut wahrgenommen werden, gleichzeitig auch in der Lage wäre, diese Interessen zu brechen und eine Kaliproduktion oder Kunstdüngerproduktion zu schaffen, bei der von den Verbrauchern nicht mehr bezahlt wird, als die Produktionskosten betragen. Das wird irgendwann einmal sein; aber unter unserer heutigen bürgerlichen Regierung und unseren heutigen Industriellen wird diese Regelung sicher auf keinen Fall getroffen werden können. Die Wirkung wird nach meiner Meinung, ob es sich um Zwangswirtschaft oder um freien Handel dreht, für die breiten Massen der Arbeiter wie der Kleinbauern völlig die gleiche bleiben; sie werden auf alle Fälle dabei nichts für ihre Ernährung gesichert sehen.

Nach meiner Meinung liegt die wirkliche Abhilfe nur in der Sozialisierung, und zwar deshalb, weil die Sozialisierung die einzige Methode ist, ohne Profit zu produzieren, weil dort der einzige belastende Faktor die Arbeitskraft ist, während heute der belastende Faktor außer den interessierten Produzenten, außer deren Profit noch eine ganze Reihe von anderen Interessenten sind. Die Dinge machen doch alle einen Kettenlauf, bis sie an den kommen, den sie erreichen sollen und dieser Kettenlauf wird nicht nur durch jeweiliges persönliches Daranverdienen belastet, sondern in unserem heutigen Staat ja auch noch durch eine starke Belastung mit indirekten Steuern, die jede Bewegung jedes Gegenstandes außerordentlich stark verteuern. Bei dieser Methode, aus allen Dingen privatlichen und staatlichen Profit zu schlagen, kann natürlich eine Verbilligung, eine Erleichterung der Produktion nicht eintreten, sondern nach meiner Überzeugung ist nur die Sozialisierung — und zwar nicht nur die Sozialisierung des Großgrundbesitzes, der Landwirtschaft, sondern der Dinge, die mit der landwirtschaftlichen Produktion im engsten Zusammenhang stehen, das heißt, durchweg der gesamten Industrie — etwas ganz Selbstverständliches, und ich bin auch überzeugt, daß die Entwicklung sie bringen wird, und zwar deshalb bringen wird, weil sie die dazu notwendige Form der gesellschaftlichen Arbeit schon gebracht hat (Zuruf rechts: Der Himmel bewahre uns davor!). Die Form ist da, er kann Sie nicht mehr davor bewahren; denn die gesellschaftliche Arbeit ist in jeder großen Fabrik wie in einem jeden großen Gut durchaus planmäßig organisiert. Der einzige Widerspruch ist nur der private Besitz, dem der Ertrag der gesellschaftlichen Arbeit zufließt. Die Entwicklung wird solche Widersprüche natürlich

Badische Landesbibliothek Karlsruhe
Baden-Württemberg

ausmerzen, wo die Gesamtinteressen des Volkes dies verlangen.

Bei den Kleinbauern zu sozialisieren, wird weniger möglich und nötig sein, ich wüßte nicht, was man dort sozialisieren sollte, denn letzten Endes muß man auch auf die Scholle wieder einen Menschen setzen, der die Scholle kennt und ihr etwas abringen kann. Aber notwendig wird sein, den Kleinbauer von der Belastung seiner Scholle zu befreien von der Bankverknechtung und der Industrieverknechtung, die ihm Preise ansetzt, zu denen er nicht beziehen kann. Ich sage, das wird notwendig sein, wie es auch notwendig sein wird, ihm zu ermöglichen, rationell zu wirtschaften. Er kann es heute weder technisch, noch kann er das durch die Eigentums- und Erwerbsverhältnisse von heute.

Die Feldwirtschaft der Kleinbauern ist eine Krüppelwirtschaft, die gegen jede rationelle Bewirtschaftung verstößt. Man mag ihm wenn in den Dörfern die Kommune der Gesamtbesitzer ist, sein — ich möchte sagen — Arbeitseigentumsanrecht ja ruhig gewährleisten. Es wird niemand den Boden wegschleppen; aber man wird wenigstens ermöglichen können, die durch die heutigen Eigentumsverhältnisse bedingte Verkrüppelung jeder kleinlandwirtschaftlichen Wirtschaft schon aus Gründen der Hebung der Produktion zu beseitigen. Ich kenne selber Dörfer, wo man zu einem Stück Land vielleicht eine halbe Stunde mit dem Zugmaterial braucht mit Wagen und Pferden, und zu einem anderen Stück Land vielleicht sogar mehr als 2 Stunden, weil die Grundstücke weit auseinander liegen aber gemeinsamen Besitz darstellen, und ich habe in einigen Orten schon Berechnungen angestellt, wieviel Arbeitskraft dadurch verloren geht, daß die Äcker bei vielen im gleichen Dorfe auseinanderliegen und auseinander bewirtschaftet werden müssen, und ich brauche Ihnen, soweit Sie Bauern sind, auch gar nicht zu erzählen, wie zusammenliegende Flächen Landes für bestimmte Produktionsartikel sich weit besser eignen, als wenn durch Besitz zerrissen nun diese selben Produkte auf verschiedenen Stellen angepflanzt werden müssen.

Aber diese Regelung, davon bin ich überzeugt, wird man in der heutigen Gesellschaft nicht treffen können, so wenig, wie es möglich sein wird, nach meiner Überzeugung wenigstens, die Hebung der Produktion zu organisieren, was nach meiner Überzeugung nur geschaffen werden kann durch Zwangsausbau der bestehenden landwirtschaftlichen Organisationen, wie der bestehenden Konsumentenorganisationen. Dann kann man meinetwegen Instanzen dazwischen schieben zu Kontrollzwecken, aber das Wesentliche ist die Fachinstanz, auf der einen Seite die Konsumenten, die heute schon in den Konsumeinkaufsgenossenschaften durchaus technisch fähige Leute aufweisen, wie andererseits die landw. Genossenschaften technisch durchaus fähige Leute aufweisen, dann kann man auch organisieren unter Verhältnissen, unter denen sowohl der Bauer lebt, wie vor allen Dingen der Konsument lebt. Es ist dabei nicht notwendig, die Interessen des einzelnen in irgend einer Form zu verletzen, soweit die Interessen nicht darüber hinaus gehen, daß er die Existenz seiner Person, wie seiner Familie als notwendig ansieht. Wenn sein Interesse allerdings darin besteht, zur Sicherung seiner vermeintlichen künftigen Existenz Banknoten aufzustapeln, dann allerdings hat es keinen Zweck, dafür irgendwelche Dinge gesondert zu organisieren und sie verbesserten Austausch zu nennen. Ich bin überzeugt, daß Arbeiterräte der Konsumenten und Bauernräte der Produzenten jedenfalls besser die Ernährung der Bevölkerung und auch die Existenz der Bauern sichern werden, als beispielsweise die Ableger im Landbund, die Ableger der preußischen großagrarischen Kreise, denn diese führen letzten Endes gerade für sie erkennbar eine Politik, bei der die Arbeiter als Konsumenten genau so nicht beliefert werden, wie der Kleinbauer auch. Ich meine, das braucht man nicht mehr nachzuweisen.

Und wenn man sagt, daß die Reparationsleistungen hemmen, so bin ich auch der Auffassung; aber ich bin nicht der Auffassung, daß man diese Hemmung beseitigen kann dadurch, daß Stinnes und Konsorten Reisen nach England unternehmen. Ich bin überhaupt nicht der Auffassung, daß eine Beseitigung der Hemmung dadurch eintritt, daß man mit den Kontrahenten auf der anderen Seite, deren Leben nur dadurch gesichert erscheint, daß man den deutschen Konkurrenten niederschlägt, zu verhandeln sucht. Ich glaube nicht, daß man durch Verhandlungen mit diesen Kontrahenten irgend etwas erreichen kann. Das Reden mit ihnen wird zwecklos, denn Frankreich legt uns nicht die Hand an die Gurgel aus Chauvinismus, sondern, weil seine staatliche Existenz genau so jammervoll und zusammengebrochen darnieder liegt, wie die unsrige, vielleicht noch jammervoller (Zwischenruf). Ich sage „vielleicht"! Denn ihm fehlt zunächst die Möglichkeit durch eine Exportindustrie irgend etwas zu reparieren. Es ist deshalb auch nicht interessiert an den Bestrebungen, sich an dem Wiederaufbau in Rußland zu beteiligen. Dagegen sind die deutschen Zahlungen in seinem Budget ein sehr erheblicher Faktor, und die Möglichkeit, etwa in Rußland ein anderes Programm als das englische zu verwirklichen, etwa die bolschewistische Regierung zu stürzen und eine andere zu bekommen und durch diese andere Deutschland einen neuen Forderungsschein zu unterbreiten auf Grund des Versailler Vertrags, würde heißen: neue Zahlungsmöglichkeiten zugunsten des französischen Budgets, würde heißen: die Sicherung der Erhaltung des französischen Staates bis — ich weiß nicht wie lange — aber jedenfalls für eine Weile.

Ich sage, diese wirtschaftlichen Dinge kann man natürlich durch Unterhandeln nicht aus der Welt schaffen. Nach meiner Überzeugung kann man sie nur dann für Deutschland aus der Welt schaffen, wenn es den einzigen Schritt unternimmt, den bisher Rußland unternahm, auf jeden, irgendwelchen Ausgleich zu verzichten, der einer Ausplünderung gleichkommt. Ich bin überzeugt, ein deutsches Schutz- und Trutzbündnis mit Rußland hieße: Sicherungsmaßnahmen gegen diese Reparationsleistungen. Ich bin überzeugt, die Krise dieser Tage wird in ihrem Effekt über eine leere Demonstration nicht hinauskommen. Sie wird bringen die üblichen, nachher trotzdem erfolgenden Zahlungen und eine neue Auspressung der arbeitenden Massen; denn das Geschrei der Besitzenden gegen diese Bedrückungspolitik nehme ich nicht ernst. Sie pflegen nichts zu zahlen, sie pflegen die Rechnung weiter zu geben nach unten, und unten wird nun die ganze Last von den deutschen Bauern und von den deutschen Arbeitern getragen. Ich halte diese Schutz- und Trutzpolitik mit Rußland schon deswegen für notwendig, um die deutsche Landwirtschaft zu heben und zu retten. Denn wenn ich einen Blick werfe auf das Verhältnis der deutschen Landwirtschaft zu Rußland vor dem Krieg, beweisen die Zahlen, die aus diesem Verhältnis resultieren, daß eine Politik der Unterstützung der deutschen Landwirtschaft unter Ausschaltung der Einfuhrmöglichkeit des Auslandes, daß eine solche Politik keine Hilfe ist und nicht fördert, sondern nur weiter zusammenbrechend wirken muß. Ich will hier ein paar Zahlen nennen, was Rußland im Jahre 1913 an landwirtschaftlichen Produkten an Deutschland lieferte — und die Zahlen, die ich nenne, sind

Badische Landesbibliothek Karlsruhe
Baden-Württemberg

Goldmillionen —: es lieferte an Gerste für 151 Millionen, Sämereien 22 Millionen, Roggen 17 Millionen, Mangan für die Industrie 8 Millionen, Holz 74 Millionen, Hafer 15 Millionen, Ölkuchen 19 Millionen, Butter 29, Eier 37, Mais 5, und Weizen 40 Millionen Goldmark; mit anderen Worten: die Gesamtlieferung war 1 452 000 000 Goldmark. Im gleichen Zeitpunkte lieferte Rußland an andere nennenswerte größere Länder viel weniger, an England nur ein Drittel mit 577 Millionen Goldmark, an Holland für 383 Millionen Goldmark, an Frankreich für 219 Millionen Goldmark, und so geht die Geschichte herunter. Und umgekehrt war auch die Lieferung Deutschlands nach Rußland eine viel höhere als die eines anderen europäischen Landes. Deutschland hat im Jahre 1913 für 1 388 000 000 Goldmark herübergeliefert, während England nur 378, Amerika 160, Frankreich gar nur 121 Millionen lieferte. Wenn die deutsche Landwirtschaft aufgebaut wird auf dem Austausch mit Rußland, daß sie jene Produkte, die sie überschüssig hat, hinüber werfen kann, um dort aufzubauen, und im Austausch der deutschen Industrielieferungen die Quellen in Rußland mobil machen kann, die vor dem Kriege die Erhaltung der ganzen deutschen Viehzucht bedingten, dann glaube ich, daß der Weg für die Wiedergesundung der deutschen Landwirtschaft begangen werden kann.

Wir werden jedenfalls diese Hilfe, das deutsche Hilfswerk, ablehnen, weil wir überzeugt sind, daß dabei den Bauern nicht geholfen wird, sondern Bauern und Arbeiter werden ausgeplündert werden, und wenn das Zentrum hier zum Ausdruck brachte, daß es nach der Rede meines Kollegen Gäßler keine Angst habe vor der kommunistischen Idee, so wird es ihm doch etwas Angst sein vor jener Zeit, die mit rasenden Schritten eine Entwicklung bringt, die Träger der kommunistischen Idee ist und die Träger auch selbst in den Kreisen der Kleinbauern findet und immer mehr findet und — ich gebe das zu — dem Zentrum gewisse Beklemmung machen wird. Wir wissen jedenfalls, daß das System, dem wir Ausdruck geben, nicht irgend welche Ideen sind, die mehr oder minder gut sein werden, sondern daß wir hier zum Ausdruck geben die Dinge, die die Zeit geboren hat und die die Zeit verwirklichen und die nach unserer Auffassung die Beseitigung des Kapitalismus bringen wird, und damit der Nöte auch des Kleinbauern: Die Beseitigung der Ausbeutung der breiten Arbeitermassen durch die großagrarischen Bauerninteressen, mit einem Wort, die Beseitigung des Kapitalismus und die Schaffung des Kommunismus, des Kommunismus, der die erste Organisation der Arbeit sein wird, ohne private Profitinteressen dabei zu berücksichtigen, und dann auch wirklich einen Ausgleich schaffen kann, der hier gewünscht wird, daß wir sein werden ein „Volk von Brüdern", das in gemeinsamer Arbeit aufbaut und erhält.

Aber heute sind wir kein Volk von Brüdern, sondern unseren lieben Brüdern sind wir, die Massen, Ausbeutungsobjekte, und Ausbeutungsmethoden sind nicht Aufbaumethoden, sie sind Zusammenbruchmethoden, und deshalb werden diese Aussprachen weder der Landwirtschaft helfen noch die Kluft überbrücken noch die Ernährung sichern. Und wenn die Regierung keine anderen Mittel ergreifen wird als nur den Appell an das Gewissen der Christen, dann wird sie wahrscheinlich auch bei dieser Situation in Baden wie im Reich nicht lange mehr Träger der Regierung sein, sondern wird einer Regierung Platz machen müssen, die den Profitinteressen gegenüber die Lebensinteressen eines Volkes wirklich durchsetzen und vertreten kann! (Beifall auf der äußersten Linken).

Abg. **Klaiber** (Landband):

Wenn unsere diesjährige Ernte im Ertrag so ausfällt wie die Reden, die während der Landwirtschaftsdebatte gehalten werden, dann dürfen wir auf ein gutes Jahr hoffen. Es ist ja schwer, jetzt noch etwas neues vorzubringen, denn es ist soviel gesprochen worden über die Landwirtschaft und über alles, was drum und dran hängt, daß es nicht mehr möglich ist, noch etwas neues vorzubringen. Aber die Ausführungen, die durch die verschiedenen Redner gemacht worden sind, zwingen mich doch, zu einigen Ausführungen Stellung zu nehmen.

Ich bin genötigt, vor allem zu den Ausführungen des Herrn Abgeordneten Seubert etwas zu sagen. Er hat in seinen Ausführungen vor allem die Landwirtschaftskammer angegriffen. Er hat ihr Vorwürfe gemacht in einer Weise, die wirklich nicht dazu angetan ist, einer öffentlichen Körperschaft in der Öffentlichkeit die Achtung zu verschaffen, die ihr gebührt.

Der Herr Kollege Seubert hat auf einen Fall hingewiesen, auf den Fall Hund in der Landwirtschaftskammer, den er vielleicht besser nicht erwähnt hätte. Ich stelle dem Herrn Kollegen Seubert frei, die Akten anzusehen, die hier liegen über den Fall Hund, und stelle ihm frei, auch in der Öffentlichkeit davon Gebrauch zu machen. Ich kann nur erklären, daß der Fall Hund eine Erledigung gefunden hat, die eine Rechtfertigung in der Kammer nicht verdient.

Ferner hat der Herr Kollege Seubert behauptet, daß die Geschäftsbücher der Landwirtschaftskammer vernichtet worden sind vor der Revision. Demgegenüber möchte ich feststellen, daß die Geschäftsbücher von einer Treuhandgesellschaft untersucht und geprüft worden sind und auch noch vorhanden sind. Ferner hat er behauptet, daß einige hunderte von Prozessen schwebten.

Einige hundert von Prozessen in der Ausführung, wie der Herr Abg. Seubert das gemacht hat, erweckt den Anschein, als ob wir es mit einer Körperschaft zu tun hätten, die in unzählige von Prozessen verwickelt sei. Er hat aber verwechselt, oder zwei Prozeßarten zusammengeworfen, Zivilprozesse und Prozesse, die dem Strafgericht unterworfen sind (Zuruf aus dem Zentrum: Hat er ja gesagt!). Nun haben wir wohl gehört von der Regierung, daß gerade in Bezug der Strafprozesse, der Unregelmäßigkeiten, die vorgekommen sein sollen in der Landwirtschaftskammer, bis jetzt gar nichts an der Landwirtschaftskammer hängen geblieben sei, sondern daß sie in allen Fällen, wo bis jetzt die Untersuchung abgeschlossen ist, frei aus derselben hervorgegangen sei.

Der Vorwurf, der von seiten des Herrn Kollegen Seubert gemacht worden ist, hat den Zweck, die Landwirtschaftskammer weiter zu mißkreditieren, und dagegen legen wir als Mitglieder der Landwirtschaftskammer jetzt einmal ganz entschieden Verwahrung ein. Auch hat der Herr Abg. Seubert kritisiert, daß nach den Verhandlungen im Haushaltsausschuß wir erklärt hätten, daß wir uns das nicht mehr gefallen ließen, eine derartige Behandlung von seiten des Direktors, und daß wir gesagt hätten, die anwesenden Mitglieder der Landwirtschaftskammer, wir werden morgen in der Landwirtschaftskammer diese Sache zur Sprache bringen. Der Herr Minister war — wenn ich nicht irre — bei diesen Verhandlungen anwesend; ich weiß es nicht genau. Aber ebenso Zufälligkeit war es, daß der Direktor nicht anwesend war, aus dem Grunde, weil in Offenburg ein Termin angesetzt war, bei dem der Direktor anwesend sein mußte und es dem Direktor nicht bekannt war, daß die Sitzung von Herrn Baron von Mentzingen auf den Tag einberufen worden war, also jeden-

Badische Landesbibliothek Karlsruhe
Baden-Württemberg

falls ein Grund der Entschuldigung, weshalb der Direktor der Sitzung nicht angewohnt hat.

Ich möchte dringend bitten, daß wir hier endlich mit dieser leidigen Geschichte der Landwirtschaftskammer, die nur dazu angetan ist, diese öffentliche Körperschaft in der Öffentlichkeit und in landwirtschaftlichen Kreisen zu mißkreditieren, aufhören und der Sache ihren Lauf lassen, wie sie ihren Lauf genommen hat, bis endlich die Aufklärung in allen Fällen geschaffen ist. Ich glaube, der Herr Minister des Innern wird uns, den Mitgliedern der neuen Landwirtschaftskammer, das Zeugnis ausstellen müssen, daß wir redlich bestrebt sind, Ordnung in die Landwirtschaftskammer hineinzubringen und daß wir nichts dulden (Rufe beim Zentrum: Hört, hört! — Heiterkeit), was irgendwie zu beanstanden ist, daß wir auch gar keine Ursache haben, irgend etwas zu verdecken oder in ein anderes Licht zu stellen. Wir treiben in der Landwirtschaftskammer keinen Personenkultus; wir verlangen aber, daß auch in der Landwirtschaftskammer allen Menschen Gerechtigkeit zuteil werde. Herr Abg. Seubert, Sie haben heute morgen versucht, die Landwirtschaftskammer und auch einen guten Teil der Mitglieder in gewisser Weise lächerlich zu machen! (Zuruf des Abg. Seubert).

Dann hat hier der Herr Minister des Innern zwei sehr bemerkenswerte Reden gehalten; ich habe diese Reden mit gewissem Interesse verfolgt. Ich verkenne nicht die schwierige Aufgabe des Herrn Ministers und die Stellung, die er als Minister der Produzenten und als Minister der Konsumenten einnimmt; es ist schwer auf diesem Posten beiden Teilen gerecht zu werden, und ich darf sagen, daß er versucht hat und auch weiter versuchen wird, den Weg zu finden, um beiden Teilen gerecht zu werden.

Der Schwerpunkt seiner beiden Reden lag darin, daß er die zwei auf die Zwangswirtschaft bezüglichen Anträge behandelte, einerseits den Antrag der Abg. Hertle u. Gen., andererseits den Antrag Maier-Heidelberg u. Gen. Der Antrag Hertle u. Gen. geht auf vollständige Aufhebung der Zwangswirtschaft; der Antrag Maier u. Gen. geht dahin, die Zwangswirtschaft auf Fleisch, Kartoffeln und Holz auszudehnen. Die beiden Anträge — und ich darf wohl annehmen, daß Sie mir das glauben — haben das gleiche Ziel. Sie haben das Ziel, die Produktion zu heben; sie haben das Ziel, der minderbemittelten Bevölkerung — denjenigen, denen infolge der ungeheuren Steigerung der Brotpreise die Beschaffung dieses Lebensmittels nicht mehr möglich ist — verbilligtes Brot zu liefern.

Nun möchte ich aber darauf hinweisen, daß diese Anträge, die ein gleiches Ziel haben, in ihrer Wirkung doch sehr verschieden sind. Der Antrag Hertle, der auf Aufhebung der Zwangswirtschaft und auf vollständige Befreiung vom Getreideumlageverfahren geht, hat in seinem Innern den Zweck, die Getreidebewirtschaftung dermaßen zu gestalten, daß sie bedeutend höhere Resultate liefert; er hat den Zweck, die Produktion zu heben und die Freude am Getreidebau zu fördern. Er hat ferner den Zweck, das Ungerechte, das in dem Umlageverfahren liegt und das die Landwirtschaft drückt, zu beseitigen.

Der Antrag, welcher von der anderen Seite gestellt ist, wird nach unserer Ansicht das Gegenteil bezwecken; er wird die Hemmung der Produktion herbeiführen statt ihre Hebung zu fördern.

Ich glaube nicht, daß hier in diesem Hohen Hause ein einziger Mensch ist, der sich wirklich wieder in die alte Zeit zurückversetzt wissen möchte. Ich erinnere nur an die Zwangsbewirtschaftung des Fleisches: wie hat es damals ausgesehen? War es noch einem Menschen möglich, ein Pfund Fleisch zu bekommen, ohne daß es auf Schleichwegen ging? Und wie hat diese Zwangswirtschaft auf unseren Viehstand gewirkt? Alle diejenigen, die mitten in der Praxis drin stehen, und die es selbst in ihrem eigenen Betrieb erfahren haben, sie haben das Furchtbare gesehen; sie haben gesehen, wie weit wir kämen, wenn das so weiter ginge. Es hat ja schon ein Abgeordneter, wenn ich nicht irre, war es ein Herr von der anderen Seite —, angeführt, wie es in unseren Ställen ausgesehen hat.

Wenn wir den Ausführungen des Herrn Ministers in seiner gestrigen Rede gefolgt sind, so haben wir hören können, daß wir in unserem Viehstand bereits wieder an den Friedensstand herangekommen sind (Zuruf des Ministers Remmele). Das ist nicht die Folge der Zwangswirtschaft, sondern das ist die Folge der freien Bewirtschaftung des Viehs. Wenn sich aber die Landwirte durch große Mühe, mit großen Kosten und vielen Sorgen wieder dazu aufgeschwungen haben, diesen Viehstand wieder zu bekommen, so möchte ich dringend davor warnen, daß wir auf diesem — wie gesagt: mit großer Mühe, mit großer Sorge und mit Kosten — wieder herangezogenen Viehstand ein Attentat unternehmen, das den Ruin unseres Viehstandes bedeuten würde. Die Statistik, die der Herr Minister des Innern verlesen hat, wird und sollte doch für uns maßgebend sein und Ihnen zeigen, daß, wenn das wieder eintreten würde, was Sie durch Ihre Anträge erstreben, wir wieder in die Zustände hineinkämen, die wir gehabt haben (Zuruf des Abg. Strobel).

Bei der Statistik, die der Herr Minister des Innern uns gegeben hat, muß eines betont werden: Wohl haben wir uns hinsichtlich der Stückzahl dem Friedensstande genähert; es besteht aber noch der große Unterschied, daß uns — wenn wir auch sehr viele Köpfe haben — eben leider das Gewicht fehlt. Wenn das Gewicht im Verhältnis zu den Köpfen stünde, dann hätten wir eine viel bessere Fleischversorgung als heute. Wir hoffen jedoch, daß wir dieses Jahr günstigeres Wetter und einen günstigeren Sommer bekommen, um in unserem Viehstand auch dasjenige zu erzielen, was uns noch fehlt.

Nachdem ich die Ausführungen des Herrn Ministers und die Ausführungen der Redner von der anderen Seite gehört hatte, habe ich mich gefragt: Ist denn wirklich die Kluft, die zwischen diesen Anträgen und den dahinter stehenden Anschauungen besteht, so groß, daß wir sie nicht überbrücken können? Ich sage: sie ist überbrückbar — wenn nur auf beiden Seiten der gute Wille dazu besteht!

Ich habe schon ausgeführt, daß es sich um Unbemittelte handelt. Wir sind stets bereit, in dem Sinne einen Ausgleich zu schaffen, daß wir auf jede Art und Weise und in welcher Form es auch vorgeschlagen werden möge, den Unbemittelten helfen; wir wollen dazu beitragen, diesen Unbemittelten die Möglichkeit zu verschaffen, genügend Brot essen zu können. Aber es darf nicht auf Kosten eines Standes geschehen; dagegen müssen wir uns wehren. Es ist doch sicherlich ein Grund mit, wenn wir dieses Umlageverfahren ablehnen, daß an diesen Opfern, die die Landwirtschaft in dieser Form leistet, nicht nur die Armen und Unbemittelten partizipieren, sondern daß eben die ganze Bevölkerung, die nicht Selbstversorger ist, daran teilnimmt, Leute, denen es leicht möglich ist, teueres Brot zu kaufen. Wir haben dafür keinen Sinn, und man kann von uns nicht verlangen, daß wir den Leuten ebenfalls für billiges Brot sorgen, die wir als Schieber, Schleichhändler

Badische Landesbibliothek Karlsruhe
Baden-Württemberg

und reiche Leute bezeichnen müssen. Mit diesen haben wir keine Verwandtschaft und kein Bedauern. Das sind die Ausführungen, die ich zu den Ausführungen des Herrn Ministers und den gestellten Anträgen machen möchte.

Nun hat der Kollege Großhans in seiner Rede uns schwere Vorwürfe gemacht. Er hat folgendes gesagt — ich bedauere, daß er nicht da ist —: Alle Hoffnungen, die wir auf das Ende der Zwangswirtschaft gesetzt haben, haben sich nicht erfüllt. Ferner hat er gesagt: Egoismus und Materialismus sind es, die die Preise fortwährend in die Höhe treiben. Drittens hat er gesagt, wir seien schuld, wir verhetzten das Volk und hätten schockweise Papierscheine in den Kästen usw.

Wie verhält es sich damit? Als wir uns im Jahre 1919 organisierten, haben wir protestiert gegen die Preise, die die Landwirtschaft damals für ihre Produkte erhielt. Und mit Recht haben wir protestiert. Wir haben gesagt, daß wir es uns nicht gefallen lassen, den Weizen für 45 M. pro Doppelzentner abzugeben, das Vieh aus den Ställen uns nehmen zu lassen zu einem viel zu niedrigen Preis. Damals haben wir wirklich Preispolitik getrieben, und mit Recht! Wir haben gesehen, daß die Produktion von Jahr zu Jahr weniger wurde und kein Mensch mehr Freude hatte an der Arbeit auf dem Lande. Ich glaube, Sie werden mit mir einig sein, wenn ich sage: Wir hatten damals das Recht und nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht, gegen eine derartige Preispolitik zu protestieren und andere Preise zu verlangen, die wirklich auch den Produktionskosten entsprachen. Aber dagegen legen wir Verwahrung ein, daß wir, nachdem die Zwangswirtschaft gefallen war, und die Preise sich frei entwickeln konnten, daß wir da noch fortwährend Preispolitik und Preistreiberei getrieben hätten. Ich habe viele Versammlungen abgehalten, und Sie werden mir nicht in irgend einer nachweisen können, daß ich, nachdem die Zwangswirtschaft gefallen war, irgendwie die Landwirte aufgefordert habe, die Preise zu steigern aus Egoismus und Materialismus. Dagegen verwahre ich mich persönlich ganz entschieden, und ich nehme an, daß auch meine Kollegen das gleiche von sich sagen werden. Ich verweise Sie auf die Ausführungen des Herrn Ministers, wo er ausdrücklich gesagt hat, daß nicht die Landwirtschaft an den hohen Viehpreisen schuld sei, sondern daß es die Valuta sei die uns diese Preise diktiere.

Herr Kollege Großhans, wenn Sie dann behauptet haben, daß die Landwirte Papiergeld schockweise in ihren Kästen haben, dann möchte ich Ihnen folgendes sagen: Ich gehöre einer Spar- und Darlehenskasse an. Dieser Tage haben wir Generalversammlung gehabt und dabei konstatieren müssen, daß dieses Jahr die Zurückziehung der Gelder die Einlagen bedeutend überschritten hat: eine Folge der Lage des kleinen Landwirts, eine Folge der hohen Steuern! Es ist ausgeschlossen, und es sind nur Behauptungen, die nicht erwiesen sind, daß der Landwirt und insbesondere der kleine Landwirt so viel Geld hat. Er braucht sein Geld, das er einnimmt, notwendig für seinen Lebensunterhalt. Er braucht es für die Unterhaltung seiner Gebäude, die in einem miserablen Zustand sind usw. Also der Vorwurf, daß der Landwirt in Baden schockweise das Geld in den Kästen habe, ist unberechtigt (Abg. Großhans: Das habe ich ja gar nicht behauptet, lesen Sie doch das Stenogramm nach!). Das habe ich notiert (Abg. Großhans: Das ist nicht geschehen!). Wir haben nicht nur nicht in unseren Versammlungen keine Preistreiberei getrieben, sondern auch in allen Versammlungen die Not der Städte betont, wir haben die Landwirte auf die großen Aufgaben aufmerksam gemacht, die sie zu erfüllen haben, und wir haben Erfolge gehabt. Ich will nicht mehr das gleiche Loblied singen, aber wir dürfen mit Recht sagen, daß wir im letzten Winter und jetzt noch viel geleistet haben.

Es wird uns immer und immer wieder der Vorwurf gemacht, als ob wir Vorräte zurückhielten, als ob wir nicht rechtzeitig ablieferten und als ob wir damit bezwecken wollten, die Waren zu einem höheren Preis zu verkaufen. Die Ausführungen des Herrn Kollegen Schön haben gezeigt, daß gerade in der Kartoffelzeit die Leute in den Städten gar nicht daran dachten, sich einzudecken. Ein großer Teil hat es versäumt. Herr Schön hat ausgeführt, daß sie verschiedene Waggon Kartoffeln zum Preise von 72 M. angeboten hätten, daß sie aber leider nicht abgenommen worden seien. Mir ist das gleiche passiert. Ich habe in der Kartoffelernte im Herbst 200 Zentner Kartoffeln nach Freiburg an verschiedene Familien offeriert, die an mich herangetreten sind. Ich habe ihnen gesagt, wir liefern die Kartoffeln an einen bestimmten Platz, 200 Zentner franko Freiburg zu 65 M.; aber sorgen Sie für die Verteilung. Ich will das ganze Geschäft einheitlich machen. Die Sache hat sich hinausgeschoben. Nach 14 Tagen bekam ich die Antwort, sie müßten leider auf die Kartoffeln verzichten, indem bekannt geworden sei, daß von Karlsruhe aus ein Richtpreis von 59 M. festgesetzt worden wäre. Ich habe natürlich die Kartoffeln irgendwo anders absetzen müssen, und heute sind die Leute ohne Kartoffeln.

Man kann nicht in allen Fällen dem Landwirt die Schuld zuschieben, sondern muß die Sachen eben objektiv prüfen. Im Herbst, während der Kartoffelernte, wurde von der Stadtbevölkerung viel gesündigt, und es war auch unvorsichtig, daß auf einmal während der Kartoffelernte von Karlsruhe aus ein Richtpreis von 59 M. bekannt gegeben wurde. Und da hat auf einmal das ganze Kartoffelgeschäft gestockt. Dann aber dürfen wir auch nicht vergessen, daß wir von Baden aus allein unsere Bevölkerung nicht beliefern können, sondern daß wir auch auf Norddeutschland angewiesen sind. Und wenn schon in Norddeutschland die Preise sehr hoch sind und wir auf den Waggon 3500 M. Fracht bezahlen müssen, dann ist es klar, daß da eine Preiserhöhung vor sich geht, die natürlich nicht mehr den normalen Verhältnissen entspricht.

Ebenso war es mit den Getreidepreisen. Die Getreidepreise habe ich schon in meiner Rede bei der politischen Aussprache erwähnt und dabei betont, daß nach der Ernte die Getreidepreise auf einer Höhe waren, wo man sagen konnte, wir sind in Verhältnisse eingetreten, die uns wirklich gestatten, daß wir gutes Brot und genügend Brot essen können. Die meisten Landwirte von Baden haben ihr Getreide frühzeitig abgeliefert. Wir bekamen 450 M. für den Doppelzentner Weizen. In der Mühle, in der ich mahlen ließ, standen unzählige Doppelzentner Weizen. Ich frug, als ich dahin kam, was kostet der Doppelzentner? 448 M. in der Mühle frei zu kaufen! Die Getreideumlage wurde mit 230 M. bezahlt. Damals war diese Umlage für den Bauern noch erträglich. Wir glaubten, einen sehr hohen Preis zu bekommen mit 450 M.; wir waren herzlich damit zufrieden. Aber wie war es? Die Preise steigerten sich von Monat zu Monat, und wir stehen auch da wieder allem machtlos gegenüber. Meine Herren von der Linken, ich möchte Sie dringend bitten: sagen Sie nicht immer, daß wir die Schuldigen sind, daß wir das Volk verhetzen, sagen Sie nicht immer, daß wir die Wucherer sind! Bleiben Sie vielmehr bei der Tatsache und bleiben Sie bei dem, wie es die

Badische Landesbibliothek Karlsruhe
Baden-Württemberg

Verhältnisse bringen. Wenn Sie uns vorwerfen, daß wir das Volk verhetzen und daß wir an den furchtbaren Preisen schuld sind, so nehmen Sie eine Verantwortung auf sich, die sehr schwer ist.

Mir liegt eine Nummer der „Volkswacht" vom 1. März vor. Der Herr Präsident wird gestatten, wenn ich ganz kurz etwas vorlese. Darin steht folgendes:

„Was hat man dem geduldigen deutschen Volk doch alles vorgelogen, als noch die Zwangswirtschaft bestand, die, so kläglich sie durchgeführt war, doch immerhin das Preisniveau der Agrarprodukte, auch derer, die im „freien Handel" auf den Markt kamen, niedrig hielt. Beseitigt die Zwangswirtschaft, wurde von Habsüchtigen Bauern, Händlern und Kaufleuten dem Volk vorgeschwindelt, dann gibt es Lebensmittel in Hülle und Fülle und der freie Handel wird schon dafür sorgen, daß die Preise heruntergehen. Leider sind namentlich unsere Frauen auf diesen Schwindel hereingefallen und müssen heute die Zeche bezahlen."

Weiter:

„Statt dessen spielen habgierige Agrarier den wilden und starken Mann, wenn Lohn- und Gehaltsempfänger in der Verzweiflung zum Streik greifen. Die „Volkswacht" hat dieser Tage hierfür lehrreiche Beispiele gebracht. Erst am letzten Sonntag haben die übermütig gewordenen Landbündler des Bezirks Schopfheim sich in einer Versammlung ausgetobt und „flammenden Protest" erhoben gegen ihre Steuerbelastung, gegen das Verhalten des Finanzamts und über die Streiks der Eisenbahner und Arbeiter. Hören wir, mit welcher Frechheit die Landbündler über die Streiks der Lohn- und Gehaltsempfänger urteilen. In der Resolution, die das zu einem Drittel demokratische, zu einem Drittel landbündlerisch-konservativ und zu einem Drittel deutschnationale „Markgräfler Tagblatt" (Nr. 49) abdruckt, heißt es:

„Die bei der heutigen Bezirksversammlung anwesenden, im Landbund organisierten Landwirte des Bezirks Schopfheim, erheben lauten Protest gegen den stattgefundenen Eisenbahnerstreik. Dieser Streik richtet sich gegen die deutsche Volksgemeinschaft und stellt eine gewissenlose Schädigung des deutschen Wirtschaftslebens dar. Jeder Streik leistet unseren Feinden die beste Hilfe und trägt zum Untergang unseres Vaterlandes bei. Wir fordern von der Regierung einerseits gerechte Entlohnung der Staatsarbeiter und Beamten, andererseits aber gesetzmäßige Unterbindung jedweden Streiks. Die organisierte Bauernschaft sieht in Zukunft nicht mehr untätig diesem verderblichen Treiben zu und wird bei jedwedem Streik mit entsprechenden Gegenmaßnahmen antworten."

Das hat sich einmal eine Bauernversammlung erlaubt, und was schreibt die „Volkswacht" dazu:

„Was diese Gesellschaft unter gerechter Entlohnung versteht, weiß man. Die Drohung, nicht mehr untätig zuzusehen, wenn die verzweifelten Massen zum Streik greifen, ist der Gipfel der Unverschämtheit, wenn sie von Menschen ausgesprochen wird, die durch ihre Wucherpolitik die Verbraucher in diese Verzweiflung hineintreiben. Und Wucherer sind es, die die Notlage des Volkes unter Ausnützung ihrer wirtschaftlichen Macht dauernd zur Höhertreibung der Preise benutzen und zu verwundern ist es, daß die hungernden Massen so lange „untätig" zusehen, wie agrarische Wucherer ihnen das letzte Mark aus den Knochen saugen, viel brutaler und rücksichtsloser als seiner Zeit die Deutschland blockierenden Engländer."

Dann wird weiter ausgeführt, daß die Lagerhäuser der Genossenschaften voll Getreide gepfropft seien von oben bis unten, daß diese Lagerhäuser gar nicht mehr ausreichen, um dieses Getreide zu fassen. Es müßten neue gebaut und neue gemietet werden, um das Getreide, das heute noch vorhanden sei, aufzuspeichern und um den Genossenschaften und damit den Bauern die großen Profite an den Hals zu werfen. Wenn das wahr wäre, was hier behauptet wird — wir haben hier zwei Vertreter, hier ist der Herr Schön vom Genossenschaftsverband und Herr Weißhaupt; die müssen es wissen, ob das wahr ist, ob die Lagerhäuser nicht mehr ausreichen, um das Getreide zu fassen — ich sage, wenn das wahr wäre, dann wären die Leiter dieser Lagerhäuser nicht mehr wert, als man würde ihnen die gleiche Behandlung zuteil werden lassen, wie denjenigen, über die Sie das Urteil heute und gestern gesprochen haben, nämlich den Wucherern und Schiebern. Und diese beiden Vertreter dieser großen Genossenschaften haben sich hier zu äußern, ob das wahr ist, oder ob es nicht wahr ist. Wir jedenfalls lehnen es ab! Denn der Bauer hat kein Getreide mehr, er hat es abgeliefert und zwar nicht zu dem Preise, der heute verlangt wird, sondern zu einem viel niederen Preise.

Dann hat der Herr Kollege Häffig in seinen Ausführungen die Verstaatlichung von Grund und Boden und die Verstaatlichung des Privateigentums verlangt, so, daß eben der Staat Eigentümer sei, und daß von den Landwirten jeder partizipiere an diesem Eigentum und jeder das Recht habe wie der andere. Herr Häffig! Das sind Utopien, das sind Ansichten, in denen wir nie mit Ihnen einig gehen. Wir halten fest an unserem Privateigentum, wir halten fest an unserer Scholle (Zuruf des Abg. Freidhof), weil wir das Eigentum als die Grundlage des Staates und die Grundlage unseres Volkes ansehen.

Sie haben ferner behauptet, Herr Kollege Häffig, daß die Milch, die heute geliefert würde, immer noch ein rentables Geschäft sei. Sie haben ferner behauptet, daß das Umlagegetreide sich ebenfalls noch rentiere. Herr Kollege Häffig!, wenn Sie diese Behauptung aufrecht erhalten, dann muß ich Ihnen sagen, daß Sie von landwirtschaftlichen Berechnungen wenig Kenntnis haben. Denn, wenn einer richtig rechnet, muß er sagen, daß so wenig der Preis des Umlagegetreides wie der Milch irgendwie rentabel ist. Ich habe stets in allen Versammlungen betont, daß man für alle Produkte, bei denen es möglich sei, aus dem Ausland das Manko zu decken, einen Preis verlangen kann, der angemessen sei, weniger aber bei der Milch, weil eben die Milch ein Produkt ist, das wir nicht aus dem Ausland beziehen können, und weil die Milch eben ein Produkt ist, das wir notwendig haben für unsere Kinder und unsere Kranken. Also da haben wir immer die Stellung eingenommen: „Tut, was im Rahmen des Möglichen liegt! Sorgt dafür, daß wenigstens die Milch geliefert wird, die notwendig ist für unsere Säuglinge und unsere Kranken!"

Aber, Herr Kollege Häffig, wenn Sie die Rechnung aufrecht erhalten würden, und wenn die Landwirte auf Ihre Rechnung eingingen, dann dürfen Sie sicher sein, daß der badische Bauer bald dem Ruin entgegenginge, und daß bald die eigene Wirtschaft aufhören würde. Und was würde die Folge sein? Die Folge würde sein, daß der kleine Landwirt, der sich heute auf seinem kleinen Gut, auf seiner Scholle ernährt, eben mit hineingezogen würde in die Reihen des Proletariats, daß er mit hineingezogen würde in die Reihen der Arbeitsuchenden. Und, meine Herren von der Linken, ich erinnere Sie an die Zeit der siebziger Jahre, wo wir, wie ausgeführt worden ist,

Badische Landesbibliothek Karlsruhe
Baden-Württemberg

noch 70 Prozent Landbevölkerung hatten, u. die Abwanderung vom Land in die Stadt geschah, aus dem Grunde, weil die Landwirtschaft sich damals nicht rentierte und solche Zeiten waren, daß der kleine Landwirt nicht mehr sein Brot auf seiner Scholle fand. Wenn eine solche Zeit wiederkäme, dann würde sich die Arbeitslosigkeit noch viel stärker vermehren, und die Zahl der Arbeitsuchenden würde in Ihren Reihen noch viel größer werden. Sie wissen, daß die Landarbeiter die größten Preisdrucker sind, wenn sie in den Lohnkampf eintreten (Zuruf von der äußersten Linken). Denn derjenige, der noch einen kleinen Grundbesitz hat und auf dem Lande wohnt, ist viel eher in der Lage, billiger zu arbeiten, als derjenige, der in der Stadt wohnt und keinen Besitz hat. Wenn Sie die Landwirtschaft nicht in der Art und Weise unterstützen und nicht erkennen, was notwendig ist, um den kleinen Landwirten die Existenzmöglichkeit auf dem Land zu erhalten, dann schaffen Sie sich selbst eine Konkurrenz, die viel gefährlicher ist als jede andere.

Der Herr Kollege Freidhof hat uns ebenfalls vorgeworfen, daß wir das Volk verhetzten und daß wir auch in der Pfalz zum Milchstreik aufgefordert hätten. Ich habe mich über diesen Milchstreik in der Pfalz erkundigt, u. da ist mir von sicherer Stelle mitgeteilt worden, daß zu dem Milchstreik, zu dem tatsächlich in der Pfalz aufgefordert worden sei, nicht vom Landbund aufgefordert worden sei, sondern, daß es die Freie Bauernschaft in der Pfalz gewesen sei, die zu diesem Milchstreik aufgefordert habe. Und es ist eine altbekannte Geschichte, daß die Freie Bauernschaft nicht zum Landbund gehört, sondern daß sie zu der sozialdemokratischen Seite hinneigt; ich glaube auch, zur Sozialdemokratie gehört? (Widerspruch bei den Sozialdemokraten. — Sehr richtig! beim Landbund). Also das sind die Umstände gewesen. Wir lehnen diesen Vorwurf aus der Pfalz ab. Wenn Sie sich dafür interessieren, werden Sie das bestätigt finden (Zuruf von den Sozialdemokraten: Die sind aus demselben Holz geschnitzt wie Sie!).

Der Herr Kollege Gäßler hat in seiner Rede über die Landwirtschaft Ausführungen gemacht, wo ich sagen muß, ich gehe mit ihm einig. Er hat den gegenteiligen Standpunkt des Herrn Kollegen Häffig eingenommen, er will den Kleinbesitz vermehren. Nach seinen Ausführungen schwebt ihm wahrscheinlich der große Kuchen da oben in Donaueschingen vor, den er gerne einmal verteilen möchte (Abg. Gäßler: O nein! nicht verteilen!). Herr Kollege Gäßler, wenn Sie den großen Kuchen anschneiden wollen, so habe ich gar nichts dagegen. Daß dieser Besitz irgendwie einmal in kleinere Hände übergeht und auch übergehen muß, darüber sind wir einig. Aber das ist eine Frage der Zeit und kann nicht von einem Tag auf den anderen erledigt werden (Abg. Roesch: In hundert Jahren vielleicht!).

Der Herr Kollege Hügle hat eine sehr schöne Rede gehalten, und in den meisten Punkten bin ich mit ihm einig. Nur in einem Punkt hat er eine genaue Stellungnahme vermissen lassen, und das ist dort gewesen, wo er zur Zwangswirtschaft gesprochen hat (Sehr richtig! beim Landbund). Der Herr Kollege Hügle hat gesagt: Wir sind selbstverständlich für die Beibehaltung der Zwangswirtschaft, wir sind für die Beibehaltung des Umlageverfahrens unter der Bedingung, daß man dem Landwirt ermöglicht, auch die Erzeugnisse der Industrie usw., alles das, was er braucht, zu einem billigeren Preis zu bekommen. Herr Kollege Hügle, das ist ein Ding der Unmöglichkeit. Wenn ich nach Freiburg komme, oder wenn Sie nach Konstanz kommen, dann können Sie nicht in ein Hutgeschäft gehen und sagen: Ich bin der Landwirt Hügle von da und da, ich will einen Hut, ich bezahle aber 100 M. weniger usw., weil ich Umlagegetreide geliefert habe.

Da muß eine klare Stellung genommen werden, da muß gesagt werden: entweder so oder so. Wir können da nicht einen Tanz aufführen, der auf der einen Seite schonen will und auf der anderen Seite nicht (Zuruf links). Also es muß eine klare Stellung in dieser Frage genommen werden, und darin gehen wir nicht einig.

Er hat weiter gesagt, es sei ein Unglück gewesen, daß die Landbündler eigene Listen aufgestellt haben. Nun ja, Herr Hügle war Mitglied des Landbunds vor der Wahl, und, wenn ich nicht irre, ist er heute noch Mitglied (Hört! links!). Wenn unser Wege damals auseinander gingen, so glaube ich, daß er trotzdem auf unserem Boden steht, und daß wir das gleiche Ziel verfolgen: das Ziel der Einigung der Bauernschaft zum Wohle unseres Vaterlandes (Zuruf des Abg. Hügle).

Der Herr Kollege Martin hat in seinen Ausführungen vieles gesagt, was, wenn wir es sagen würden, uns ebenfalls wieder als Verhetzung vorgehalten würde. Aber es ist ein Unterschied, wer es sagt! Wenn die Herren vom Zentrum geradesoviel sagen mit den gleichen Worten, dann wird das nicht so aufgenommen, als wenn es vom Landbund kommt (Zuruf von den Sozialdemokraten). Wir freuen uns zwar über das ehrliche Bekenntnis der Landwirte vom Zentrum, aber wir fordern darum auch gleiche Behandlung, ob wir Zentrumsleute sind oder dem Landbund angehören. Wir verfolgen auch mit dem Zentrum ein Ziel, und wir freuen uns, daß gerade bei der Debatte zur Landwirtschaft eine einmütige Stimmung unter allen Bauern geherrscht hat (Zuruf des Abg. Dr. Baumgartner).

Nie ist in der deutschen Landwirtschaft eine so starke Bewegung zutage getreten, wie heute; aber ebenso auch das Verantwortlichkeitsgefühl für die Pflichten, die dem Nährstand im deutschen Volke erwachsen sind, dem Stand, der die große Aufgabe und Pflicht hat, das deutsche Volk von der Gefahr des Hungerns zu befreien. Es muß ihm auch gelingen, daß das deutsche Volk deutsches Brot ißt (Sehr richtig! beim Landbund). Wir verlangen, daß die ganze deutsche Landwirtschaft sich zusammenschließt zu einer festen Einheit, daß alle die Kräfte, die jetzt zersplittert sind unter Millionen von Betrieben, sich zusammenschließen zu einer Kraft, die sich im Volks- und Wirtschaftsleben durchsetzen kann, nicht nur in ideeller, sondern auch in materieller Beziehung.

Man wirft uns stets vor, wir wollten uns von den Steuern drücken. Wir wissen, daß wir große Lasten tragen müssen, und wir wollen sie mittragen. Wir verlangen aber eine Steuergesetzgebung, die im Rahmen des Möglichen ist und die Steuern aus den Erträgen und nicht aus dem Vermögen holt. Ich erinnere bei dieser Gelegenheit an die Note, die von der deutschen Regierung an die Entente gerichtet worden ist, worin gesagt wurde: Deutschland hat derartige Steuern beschlossen, daß der einzelne sie unmöglich aus den Erträgen bezahlen kann, sondern genötigt sein wird, die Substanz seines Vermögens anzugreifen. Ich habe schon einmal auf die Gefahr der Steuergesetzgebung hingewiesen. Es ist nicht Steuerdrückebergerei, sondern es handelt sich bei der Landwirtschaft um Sein oder Nichtsein. Es kann nicht auf der einen Seite Vermehrung der Erzeugung gefordert werden, wenn auf der anderen Seite die Betriebsmittel konfisziert werden (Sehr richtig! beim Zentrum).

Badische Landesbibliothek Karlsruhe
Baden-Württemberg

Wir sind uns der Pflicht bewußt, die wir dem deutschen Volke mit der Aufbietung unserer letzten Kraft schulden. Wir werden sie erfüllen, wenn Sie uns dazu helfen. Wir erwarten keinen Dank, denn Pflichterfüllung ist selbstverständlich. Immer wird uns vorgeworfen, wir seien im Dienst des Großgrundbesitzes, der Junker usw. Nein, das sind wir nicht; aber wir fühlen uns heute, wo das große Hilfswerk begonnen hat und ausgeführt werden soll, solidarisch mit unseren Berufsgenossen, ob groß oder klein. Denn auch die Sozialdemokratie wird in ihren Reihen nicht nur Besitzlose haben, sondern auch viele Besitzende aufweisen und dennoch Solidarität verlangen (Zuruf: Sehr richtig!). Man mag über uns reden und schreiben, so viel man will; die Zukunft wird zeigen, ob wir auf dem richtigen Wege sind (Zuruf: Sehr richtig!). Mit der Losung: weniger Politik, mehr Wirtschaft, weniger Parteihader, mehr Einigkeit, weniger Internationalismus, mehr Vaterlandsliebe, weniger Klassenkampf, mehr Versöhnung, werden wir fortfahren auf dem Wege, auf den wir uns gestellt haben zum Wohle unserer Landwirtschaft und unseres deutschen Volkes (Beifall beim Landbund).

Abg. **Roeckel** (Zentr.):

Nach den Ausführungen des Herrn Kollegen Bock muß ich zunächst Aufklärung geben, warum mein Name unter den Topinambur-Antrag gekommen ist. Er hat von „Kindsmorden" gesprochen, und an solchen soll doch gewiß ein Geistlicher zu allerletzt beteiligt sein (Zuruf: Sehr richtig!). Mit seinen diesbezüglichen Ausführungen hat Herr Kollege Bock sich eben wieder Übertreibungen geleistet, wie wir sie von ihm ja schon in der kurzen Zeit, in der er da ist, reichlich gewohnt sind. Er steht mit seinen Ausführungen, mit seinen Übertreibungen aber nicht allein; auch ein demokratischer Abgeordneter hat sich im Ausschuß in der Topinamburfrage eine Übertreibung, eine gründliche Übertreibung geleistet, eine Übertreibung, die gerade so unrecht ist und unrecht tut. Über die Übertreibung des Herrn Bock haben Sie gelacht. Gegen die Übertreibung des demokratischen Redners möchte ich auch an dieser Stelle als Vertreter des berührten Bezirks nachdrücklichst protestieren. Es ist nicht wahr, was dort gesagt worden ist, es kann gar nicht wahr sein. Ich werde das Nähere in dieser Hinsicht noch feststellen; aber ich kann das eine heute schon sagen: Es müßten denn auch solche Anpflanzungen in dem betreffenden Bezirk noch jetzt so zahlreich sein. Es sind nur wenig, Sie können sich davon überzeugen, wenn sie das Land hinauffahren. Was an Topinambur zu sehen ist, gehört mehr in den Bezirke Achern und Rastatt, als in den Bezirk Bühl.

Nun mein Standpunkt gegenüber dem Branntwein ist der, daß ich sage, ich verabscheue das Schnapstrinken, das übermäßige Schnapstrinken, so wie jeder ordentliche Mensch (Heiterkeit). Es gibt aber auch viele Fälle, wo man ein Schnäpschen trinken muß, sogar vom Arzt verordnet bekommt, wo man es auch tatsächlich braucht. Ich habe auch schon gehört, daß, sobald man etwas Branntwein im Haus hat, man gerne Leibweh bekommt (Heiterkeit.— Zuruf des Abg. Rösch). Ich weiß auch nicht, ob die, die so dagegen schimpfen, von jedem Verdacht frei sind, daß sie hintenherum auch manchmal ein Gläschen nehmen. Ich warne regelmäßig in der Schule, in der Christenlehre und in den Müttervereinen davor, den Kindern Alkohol zu geben, weil ich sicher bin, daß solcher nachteilig und schädlich für sie ist Ich kenne auch das, was unser großer Landsmann Alban Stolz über das Schnapstrinken und das Schnapsbrennen gesagt hat. Ich hätte zudem reichlichen Grund, animos gegen die Schnapsbrenner zu sein, denn ich muß in dieser Hinsicht bestätigen, was Herr Minister Remmele dieser Tage gesagt hat, daß die Schwarzbrenner Sünder seien, die jeden, der ihnen entgegentritt, ernstlich hassen, in jedem einen Feind sehen, der nur ein Wort in dieser Hinsicht dagegen sagt. Viel habe ich von den Schwarzbrennern, nicht von den Schnapsbrennern, sondern von den Schwarzbrennern leiden müssen da oben in der Schnapsgegend. In einer Wahlversammlung habe ich wie gewöhnlich auch gewarnt davor, das Brennrecht in Gefahr zu bringen durch Schwarzbrennen oder durch Geheimbrennen, durch Brennen verbotener Stoffe. Da hat draußen ein junger Mensch dann gerufen, wenn ich nur einen Revolver hätte, den dadrinnen würde ich zusammenschießen, gewiß keine Kleinigkeit, so bedroht zu werden.

Man hat mich eines Tages von der gleichen Gemeinde aus an das Telephon gerufen und hat mir dort Vorwürfe ins Gesicht, oder besser in das Ohr hineingesagt — man hat mich beschuldigt, ich sei die Ursache, daß ein nächtlicher Besuch der Kontrolle dorthin gekommen wäre. Ich habe mich zu solchem Spitzeldienst nie hergegeben, nie jemand angezeigt, und von der ganzen Geschichte erst nachträglich erfahren. Ferner habe ich anonyme Briefe bekommen, die man nicht zeigen kann, so unverschämt und wüst sind sie, die von solchen Leuten ausgegangen sind. Die Zeitung, der ich nahe stehe, ist in großer Zahl abbestellt worden, weil sie nur gegen das Schwarzbrennen und das Geheimbrennen aufgetreten ist (Zuruf links: Das hat der Landbund gemacht!).

Wir haben niemals etwas gesagt gegen diejenigen, die ehrbar das brennen, was sie selbst gepflanzt haben und sich auf diese Weise zunutzen machen wollen.

Diejenigen, die sich entrüstet haben, haben sich offenbar getroffen gefühlt durch das Wort „Schwarzbrenner". Sie haben sich in gewissem Sinne dadurch selbst verraten, daß sie die Zeitung abbestellt haben. Sie sehen also, ich hätte Gründe genug, ordentlich loszuziehen; gleichwohl habe ich den Antrag, die Topinambur brennen zu dürfen, unterschrieben und bin für ihn eingetreten; aus welchen Gründen?

Zunächst einmal, weil ich mir gesagt habe, diejenigen, die von der Topinamburfrage besonders berührt werden, sind gar nicht die Schwarzbrenner. Topinambur wird mehr in der Ebene gepflanzt, im Gebirge gibt es mehr Obst, Weintrester, Beeren, Hefe und ähnliches. In der Ebene hätte das Verbot Leute getroffen, die an der ganzen Sache nicht beteiligt sind. in der Ebene sind ganz wenig Schnapskessel in den einzelnen Gemeinden. Es wäre also von uns nicht recht, die Unschuldigen zu bestrafen. Wie der Herr Abg. Engelhardt schon ausgeführt hat bei der Begründung dieses Antrags, brauchen unsere Landwirte etwas Branntwein im Haushalt und zwar zunächst einmal für sich selbst. Es gibt im Winter in der Landwirtschaft Arbeiten, die im Freien verrichtet werden müssen, wo das, was man an Lebensmitteln mitnimmt, Milch, Kaffee, Suppe, oder was es ist, einfach eingefriert. Da bleibt den Leuten gar nichts anderes übrig, als ein Schnäpschen mitzunehmen und ein bißchen Speck dazu, um auf diese Weise ihre Arbeit draußen vollenden zu können. Wer möchte diesen Leuten das verargen, wenn sie so ein bißchen sich vorsehen. Ebenso wenn sie in den Steinbrüchen schaffen, im Wald ihr Holz machen, an den Faschinen am Rheindamm her arbeiten, wenn sie in den Wiesen Wassergräben ausheben. Bei all diesen Arbeiten ist es nicht gut anders möglich, als auf diese Weise etwas Lebensmittel mit sich hinauszunehmen. Es gibt auch staubige Arbeiten, Arbeiten, bei denen man nicht gut etwas hinunterbringt. Ein Mund voll Schnaps löst die Sache dann am ersten und leichtesten.

Badische Landesbibliothek Karlsruhe
Baden-Württemberg

Dann brauchen die Leute auch Schnaps für die Viehhaltung. Es kommt nicht selten vor, besonders im Frühjahr, daß das Vieh zu rasch frißt und „aufläuft", wie man sagt, und daß es dann ratsam und notwendig ist, ihm etwas Schnaps, etwas Alkohol einzugeben, um das drohende Umstehen des Tieres auf diese Weise zu verhüten.

Also es gibt Notwendigkeiten gerade genug. Dazu kommt nun, daß die Topinambur an Plätzen wächst, wo sonst fast nichts wachsen will, an Stellen, die hart am Walde sind, wo der Schatten für andere Pflanzen nachteilig ist; dann auf steinigem Boden, der recht mager und armselig ist. Man darf es diesen Leuten doch auch nicht verargen, wenn sie auch das, zumal in heutiger Zeit ausnützen und etwas für sich daraus produzieren. Dann wird immer behauptet und es scheint auch wahr zu sein, daß die Schlempe aus gebrannten Topinamburs vorteilhafter für das Vieh ist als aus ungebrannten. In den Topinamburs ist viel Stärke enthalten, diese geht im Tiermagen in Zucker über, und der Zucker verwandelt sich in Alkohol. Wenn man sie roh füttert, so leidet das Vieh darunter. Die Tiere verderben den Magen und können leicht Übelstände sich zuziehen. Aber wenn die Roßkartoffel gekocht oder gebrannt ist, wenn ihr der Alkohol entzogen ist, so ist das vorteilhaft für das Vieh.

Sodann hat vor mehreren Jahren ein Abgeordneter hier gesagt: Der Topinambur ist eine Pflanze, die weder im Winter noch im Sommer verfriert (Heiterkeit). Es ist wahr, daß diese Pflanze auch im Winter nicht erfriert. Sie bleibt draußen in den Äckern stecken, man hat gar keine Notwendigkeit, sie vorher auszumachen und im Keller gut unterzubringen. Das kann man sich alles sparen. Man kann sie zu einer Zeit herausmachen, in der man sie gerade zum Verwenden braucht. Das ist gewiß auch ein Vorteil dieser Pflanze, daß man sie im Boden lassen kann, bis sie notwendig gebraucht wird.

Dann kam für mich noch ein Gesichtspunkt hinzu: Wenn die Leute die Topinamburs nicht selber brennen dürfen, die sie gepflanzt haben, dann suchen sie, dieselben zu verkaufen. Sie schaffen sie fort und geben sie Leuten, die sie dann brennen. Ich habe mir gesagt, es ist doch viel vernünftiger, man läßt die Leute unter Kontrolle gegen Entrichtung der Steuer brennen, was sie selbst gepflanzt haben, als daß man es denjenigen in die Hände kommen läßt, die teilweise Steuerhinterzieher und unehrliche Leute sind. Aber nicht bloß das: wenn die Topinamburs dann durch die Straßen der Stadt geführt werden, so erregt das Aufsehen und Ärgernis bei der Bevölkerung. Das kann ich beweisen. Die Herren der sozialdemokratischen Partei werden im „Volksfreund", wenn sie ihn aufmerksam gelesen haben, finden, daß er wiederholt scharfe Artikel darüber gebracht hat. Ich kenne den Herrn, der die Artikel verfaßt hat. Er hat mir vorher einen Brief geschrieben, den ich ganz genau im Zeitungsartikel habe wieder finden können. Dieser Mann war entrüstet darüber, und mit Recht entrüstet, daß 5, 6, 8 Topinamburwagen das Land hinauf hintereinander hergefahren sind. Sie sind ins andere Amt gekommen. Und gleichzeitig fehlt es an Kartoffeln! Daß die Leute wütend werden, wenn sie keine Kartoffeln haben auftreiben können und sehen müssen, wie das Schnapsmaterial so massenhaft fortgeführt wird, kann jedermann begreifen. — Ähnliches Ärgernis hat ein Erlaß der Regierung oder vielleicht eine Bekanntmachung des Bezirksamts da droben erregt. Ich benütze die Gelegenheit, um das zu sagen. Was die Regierung getan hat, war ganz gut gemeint. Sie hat nämlich darauf aufmerksam machen lassen, daß die landwirtschaftlichen Brennereien nur das Fünftel von ihrem Kontingent an Kartoffeln brennen dürfen. Der § 1 der Verordnung über die Beschränkung der Verarbeitung von Kartoffeln in Brennereien lautet:

„Kartoffeln dürfen nur in Brennereien nur nach Maßgabe der vorstehenden Vorschriften verarbeitet werden: Unternehmer landwirtschaftlicher Betriebe dürfen in der eigenen Brennerei so viel selbstgebaute Kartoffeln verarbeiten, als einem Fünftel des Brennrechts bei einem Verbrauche von 18 Zentnern Kartoffeln für das Hektoliter reinen Alkohol entspricht. Das gleiche gilt für Genossenschaften und sonstige Vereinigungen, die eine Brennerei betreiben, hinsichtlich der von den Mitgliedern gebauten Kartoffeln."

Die Leute sind schon wild geworden, als sie gelesen haben, daß man Kartoffeln überhaupt brennen darf. Ich sehe ein, daß die Kartoffelpflanzer für ihren Betrieb auch etwas Branntwein brauchen, aber ich glaube, es wäre von der Regierung viel klüger gewesen, wenn sie diese Betriebe durch die Steuerbehörden hätte darauf aufmerksam machen lassen, statt das in der Öffentlichkeit bekannt zu geben. Massenhaft hat man sich darüber aufgehalten, daß nicht bloß Topinamburs, sondern sogar Kartoffeln gebrannt werden. Also es sind triftige Gründe gewesen, der Gerechtigkeit entsprechend, die mich bestimmt haben, für diese Leute da draußen in der Ebene einzutreten, zumal wenn man gesehen hat, wie auf der anderen Seite so überaus viel Geld verdient wird. Den Leuten in der Ebene wird es nicht so leicht, ihre Steuer zu bezahlen. Ich bin fest überzeugt, wenn sie etwas erübrigen können von dem, was sie ehrlich und versteuert gebrannt haben oder brennen, werden sie es gern dazu benützen, die anderen Steuern damit zu zahlen. Ich habe deswegen dem Antrag zugestimmt, weil gleichzeitig bestimmt wird, daß der weitere Anbau von Topinamburs verboten sein soll. Es sollen nicht die anderen notwendigen Pflanzungen darunter leiden und verkürzt werden. Ich hätte sogar noch gewünscht, daß der Topinamburhandel, der Verkauf an andere, verboten wird. Das wäre das Übel an der Wurzel gefaßt gewesen! Wenn man seiner Zeit die Schnitzel, den Syrup und was an Brotaufstrich bei uns eingeführt worden ist, gleich an der Bahn gefaßt hätte, wie man letzthin das Auto gefaßt hat, das ins Oberland gefahren ist, wäre das Übel niemals ein so großes und schlimmes geworden. Die Quelle muß man verstopfen und muß dorthin greifen, wo das Übel seinen Sitz hat. Dann ist viel mehr getan, als wenn man hinten nach schaut, wie man das bezogene Material in seine Hände bekommt. Dadurch sind auch diejenigen, die schon schwach sind, vor dem Falle bewahrt. Also Gründe sind genug da, daß ich meinen Namen darunter setzen konnte. Ich glaube es verantworten zu können! Nur eine gute Sache kann man mißbrauchen, und wenn da und dort ein Mißbrauch vorkommt, so kommt er eben auch bei anderen Sachen vor. Man kann deshalb auch nicht, weil einer einen andern mit einem Messer tot sticht, jeden Gebrauch eines Messers verbieten. Ebenso wenig kann man auch alles Brennen deswegen ausrotten, weil es ab und zu Leute gibt, die das Recht mißbrauchen. So viel über diesen Punkt.

Nun komme ich zur Bienenzucht. Kollege Schill hat in seinen gewählten Worten den Nutzen und die Bedeutung der Bienenzucht dargetan. Wir alle sind der Überzeugung, sie muß erhalten werden. Das Mittel dazu ist der Zucker. Die Bienen müssen gefüttert werden, zunächst in schlechten Jahren, daß sie überwintern können, aber selbst auch in guten Jahren; denn wir haben vielfach nur Tannenhonig, der den Bienen nicht recht bekömmlich ist. Wenn man nicht Zucker zufüttert und wenn es im Frühjahr lange kalt bleibt, daß sie ihren Reinigungsausflug nicht machen können, dann stehen die Bienenstöcke ab, die Bienen gehen zugrunde. Nun handelt es sich aber darum, wo den Zucker hernehmen. Da bin ich wieder auf eine neue Berlinerei gestoßen, ähnlich

Badische Landesbibliothek Karlsruhe
Baden-Württemberg

wie ich Ihnen letzthin eine berichtet habe. Nämlich in Norddeutschland werden 20 bis 25 Pfund auf den Kopf der Bevölkerung zugeteilt, aber bei uns in Baden nur 10 Pfund (Hört, hört!). Zur Erhaltung des Bienenstockes braucht man 15 bis 20 Pfund pro Jahr. Das bekommen unsere Leute nicht, höchstens auf den Bienenstock 5 Pfund. Ich möchte nun den Herrn Minister fragen, wie es in dieser Hinsicht mit der Verteilung steht, er kann uns vielleicht Auskunft geben. Wenn es sich herausstellen sollte, daß wir wirklich ungleich behandelt sind gegenüber den Norddeutschen, dann müssen wir hier protestieren, und ich habe einen Antrag vorbereitet — er ist auch unterschrieben — den würde ich dann dem Herrn Präsidenten überreichen, wenn die Antwort des Herrn Ministers für uns nicht befriedigend ausfällt, bezw. wenn er uns nicht einen triftigen Grund sagen, nicht soviel sagen kann, daß man nicht dagegen aufkommen kann. Ich will den Antrag also einstweilen zur Seite legen.

Nun kommt ein anderes Gebiet, das für Sie vielleicht noch Interessantes bringen wird, das betrifft die Schafzucht. Herr Kollege Martin hat in seiner Rede eine Bemerkung gemacht bezüglich der Benützung des Heubergs zur Schafzucht; ich verstehe dies, auch ich bin nicht dafür, daß gut anbaubares Gelände zur Schafzucht verwendet werde; darin hat er ganz wohl recht. Aber es gibt auch noch viel anderes Gelände, das man doch nicht für den Getreidebau brauchen kann. In jeder Gemeinde — wenigstens im Hinterland gibt es solche besonders — sind die Gemeindebäume links und rechts des Weges hingepflanzt: da sind große Flächen, die von den Schafen als Weide benützt werden können.

Ich halte die Schafzucht für außerordentlich wichtig und bedeutungsvoll für unsere heutige Zeit. Und warum: weil sie uns gerade dasjenige liefert, was wir ganz besonders notwendig haben. Ich frage weiter: was brauchen wir denn am allernotwendigsten?

Vor allem sollten wir mehr Fleisch haben. Das Fleisch geht im Preise ja geradezu furchtbar hinauf; die Portionen werden immer kleiner, und die Zahl derjenigen, die sich überhaupt keines mehr gestatten können, wird immer größer.

Zweitens sollten wir Wolle für Kleiderstoffe haben. Die Preise, welche für diese Stoffe gefordert werden, sind ja nicht mehr aufzubringen. Schon allein der Stoff für einen Anzug verursacht eine Ausgabe von 2500 bis 3000 Mark; bis dann noch der Schneider seine Rechnung dazu gemacht hat, kommt der Anzug auf 3000 bis 4000 Mark.

Ferner brauchen wir Dung; es ist über diese Tage hier im Hause mehrfach von den hohen Preisen der Düngemittel gesprochen worden. Niemand aber hat zu sagen vermocht, wie man den Preis ordentlich niedriger halten oder erniedrigen könnte.

Und endlich brauchen wir in den Gemeindekassen Geld. Als wir das Fürsorgekassengesetz berieten, haben viele Redner Bedenken gegen den Entwurf geäußert, indem sie sagten: Wo sollen denn die Gemeinden das Geld hernehmen, um ihre Beamten so zu bezahlen, wie es hier vorgeschlagen ist?

Um es zusammen zu fassen, nenne ich die vier Sachen, die wir brauchen, nochmals: Fleisch, Wolle, Dung und Geld. Nun bin ich der Überzeugung, daß gerade durch die Schafzucht diese vier Dinge ganz besonders geleistet werden können (Zuruf). Sie werden fragen: inwiefern? Wenn wir in jeder Gemeinde nur eine Schafherde von hundert oder zweihundert Mutterschafen haben, so gibt das für gewöhnlich jedes Jahr ebenso viele junge Schafe; darunter sind auch eine Anzahl von Hämmeln. Wenn nun der Metzger dieser Gemeinde im Laufe des Jahres in die Lage versetzt wird, außer den Schweinen oder Kälbern auch noch Schafe zu schlachten, so ist das ganz gewiß eine beträchtliche Erleichterung für die Ernährung unseres Volkes.

Was sodann die Wolle anlangt, so ist sie im Inland jetzt furchtbar teuer. Wohl hat mir heute jemand gesagt, daß in einem Vortrag ein Herr ausgesprochen habe, die Welt habe Wolle auf 3 Jahre genug. Das glaube ich ganz gern: aber diese Wolle ist für uns zu teuer, weil sie vom Ausland kommt, und wir bei dem Stande unserer Valuta nicht in der Lage sind, sie zu bezahlen. Infolgedessen wird bei uns die Wolle rar sein und teuer bleiben. Man braucht sie zu Strümpfen für die Kinder, weiterhin auch zu Kleidern, zu Leibwäsche, zu allem möglichen.

Was den Dünger anbetrifft, so kann doch der Ertrag der Äcker durch den Pferch kolossal gesteigert werden, besonders wenn der Pferch auf großen Flächen mehrmals in der Nacht gewechselt wird. Es können große Flächen gründlich gedüngt werden, ohne daß für Kunstdünger ein Groschen ins Ausland geht.

Das Geld bleibt also in der Gemeindekasse, und diese wird noch dadurch gestärkt, daß die Schäfer der Gemeinde eine schöne Pacht bezahlen. Ich habe mir sagen lassen, daß für eine Winterpacht 20 000 M. bezahlt werden; wenn man die Pacht für das ganze Jahr abschließt, so gibt es sogar 40 000 Mark; das ist ein Posten, mit welchem eine Gemeindekasse schon etwas ausrichten kann, durch welchen sie insbesondere in die Lage versetzt wird, die beschlossenen Gehälter an ihre Beamten zu zahlen. Die einzelnen kleinen Landwirte spüren es ganz gewiß nicht so, wenn da und dort ein bißchen was weggefressen wird; sicherlich spüren sie es weniger, als wenn sie das erwähnte Geld durch Umlage aufbringen müßten. Wenn man zu der Pacht der Gemeinde auch noch das Recht vorbehält, daß sie den Pferch selbst versteigern darf, so gibt das auch noch einmal 4000, 8000 oder 10 000 Mark: zusammen gibt das also ganz respektable Summen.

Schon vor 13 Jahren habe ich hier im Landtag darauf aufmerksam gemacht, daß die Schäfereien in den Gemeinden vielfach aufgehoben worden sind. Bei den damaligen Wolle-, Fleisch- und Düngemittelpreisen mag diese Maßnahme ganz gut angebracht oder begreiflich gewesen sein. Damals waren die Vorteile, welche die Schafzucht bietet, nicht so groß oder bedeutungsvoll wie in der heutigen Zeit. Damals war alles vergleichsweise spottbillig; auch die Anforderungen an die Gemeindekassen waren nicht so bedeutend wie heute. Jetzt ist alles anders geworden, und man darf deswegen in der Schafzucht einen ganz anderen Nutzen erkennen. Diesem Umstande gegenüber sollten auch die kleinlichen Interessen der Landwirte zurücktreten; diese sollten nicht bei der Abstimmung über die Frage der Verpachtung die Sache so leicht zu Fall bringen können. Ich weiß, daß es da oft Schwierigkeiten hat.

Durch meine Ausführungen über die Schafzucht möchte ich ein dreifaches erreichen.

Erstens will ich das alles in das Land hinaus gesagt haben. Die Gemeinden sollten auf den durch die Schafzucht zu erlangenden Nutzen aufmerksam gemacht werden. Namentlich sollen dort, wo früher Gemeindeschäfereien betrieben worden sind, diese wieder eingeführt werden.

Sodann möchte ich die Regierung bitten, durch ihre Bezirksämter überall draußen, wo Schwierigkeiten entstehen und wo sich die kleinen Landwirte dagegen wehren, einzugreifen und aufklärend zu wirken.

Badische Landesbibliothek Karlsruhe
Baden-Württemberg

Drittens möchte ich an alle Landwirte, die irgendwie dazu in der Lage sind, weil sie Platz und Futter haben, die Einladung richten, sich einige Schafe zu halten; sie können sich dadurch die Wolle verschaffen, die zu Strümpfen, zu Handschuhen, zu Unterkleidern, insbesondere auch zu ganzen Anzügen nötig ist. Ich war gestern in meiner Heimat und habe da einen wunderschönen ganz wollenen Anzug gesehen, welchen kurz vor meinem Eintreffen die Post einem meiner Neffen gebracht hatte. Er kam von Freudenstadt, wo eine Firma Hoyler sich die Aufgabe gesetzt hat, die Wolle solcher Einzelbesitzer von Schafen zu verarbeiten. Man bekommt von ihr seine Ware wieder vollständig — ganz gleichgültig, ob das Schaf zuerst vor der Schur gewaschen worden ist oder ob man die Wolle gerade herunter schneidet, wie sie vorhanden ist. Und nun denken Sie, was dieser Anzug gekostet hat? Man brauchte dazu 4½ Pfund Wolle, gerade so viel, als ein Schaf ungefähr pro Jahr produziert. Und einen solchen Anzug herzustellen kostet 150 Mark! Dann hat man einen Anzug, bei welchem der Schneider sofort — allein für den Stoff! — 2700 Mark verlangt hätte. Nun sagen Sie selbst: Könnte auf diese Weise nicht in vielen Familien große Not gemindert werden? Wenn es sich um ein großes Schaf handelt, das etwas mehr Wolle gibt, dann bekommt man von dieser reellen und noblen Firma das andere, den Überschuß in einem Säckchen als gesponnene Wolle zurückgeschickt, so daß die Frau an den Strümpfen für die Kinder ganz gut die Zehenspitzen hineinstricken und so auch recht gut neue Strümpfe für die Kinder herschaffen kann. Ich meine, eine derartige Möglichkeit sollte man weithin benützen. Wenn es auch heißt, wir hätten genug Wolle und sie werde wieder billiger, so wird eben doch damit gerechnet werden müssen, daß sie teuer bleibt; daran ist kein Zweifel (Glocke des Präsidenten).

Präsident **Wittemann** (unterbrechend):

Ich bitte das Haus, sich mit dem Herrn Redner etwas mehr in die Wolle zu setzen (Heiterkeit) und ihm diejenige Aufmerksamkeit zu widmen, welche der Gegenstand schon an und für sich aus nationalökonomischen Gründen beanspruchen darf.

Abg. **Roeckel** (fortfahrend):

Ich sage also, das wäre ein Gedanke und die Verwirklichung dieses Gedankens wäre etwas, was auch der Allgemeinheit zugute kommt. Wenn man nicht so viel Stoff zu kaufen brauchte, dann würden auch die anderen Wünsche besser befriedigt werden; vielleicht würden auf diese Art auch die Preise etwas niedriger. Ich will nur schauen, ob ich nicht im nächsten Jahre bei meinem Bruder auch einen Anzug von dieser Art erobern kann, dann werde ich ihn präsentieren (Heiterkeit — Zurufe von der linken Seite des Hauses). Er wird gefärbt, rot ist er nicht. (Auf erneute Zurufe:) Es ist leicht, ihn zu färben. (Abg. Schön: Dann kommen Sie ja gar nicht mehr aus der Wolle heraus! — Heiterkeit — Abg. Dr. Schofer: Wir kommen ja auch hie und da einmal in die Wolle! — Heiterkeit).

Weil ich gerade daran bin, von der Vermehrung bezüglich der Gemeindeeinnahmen zu sprechen, möchte ich auch auf die Jagdpässe kommen.

Da möchte ich es zunächst begrüßen, daß es unserer Regierung gelungen ist, die Ausländer entsprechend heranzuziehen. Die müssen jetzt nämlich alles oder einen Teil der Jagdpachten in Franken bezahlen, und daher kommt es, daß es Gemeinden gibt, die über 100 000 Mark Pacht erhalten. Wenn eine Jagd 3000 Franken kostet, dann haben sie über 150 000 Mark. Das ist ein schöner Erlös, der der Gemeinde jedenfalls recht wohl tut. Ich glaube, wir haben unserer Regierung und den Herren, die die Sache gemacht haben, herzlichen Dank zu sagen, daß sie da rechtzeitig auf dem Platz gewesen sind und den Gemeinden so wichtige Vorteile geboten haben.

Zugleich möchte ich aber auch die Regierung bitten, darauf hinzuwirken, daß die Jagdpachten auch in die Pachtschutzordnung aufgenommen werden. Soviel ich gehört habe, ist das in Berlin abgelehnt worden, und wir sollten uns dagegen aussprechen. Es gibt Jagden, die noch zu den alten Preisen verpachtet sind und ein kolossales Erträgnis abwerfen. Ich habe gehört, daß es Jagden gibt, die 150 000 Mark abwerfen, während die Pacht nur 3000 Mark beträgt. Dieser Unterschied ist doch gewiß zu groß. Es muß nun schon etwas an der Sache sein. Ein Kollege in der Nachbarschaft meines Sitzes hat mir dieser Tage ein Schriftstück gezeigt, worin ein adliger Herr mitteilte, daß er die Jagd nicht mehr steigern könne, es hätten die Arbeiter sie gepachtet und viel mehr geboten als er. Also wird jedenfalls manches aus der Jagd herauszuholen sein.

Dann wird die Regierung gut daran tun, zu untersuchen, daß die neuen Pachtverträge gleitend gestaltet werden, daß sie darauf besteht, daß dieselben immer von selbst sozusagen sich den Teuerungsverhältnissen anpassen. Sie muß sorgen, daß eine Klausel hineinkommt, dann braucht man nicht zu befürchten, daß diese Mißstände weiterhin entstehen, wie sie jetzt zu beklagen sind.

Und nun noch einen Punkt, das Umlageverfahren! Hierüber ist bisher außerordentlich viel geredet worden. Ich habe mich natürlich auch in meiner Heimat bei den Landwirten erkundigt, was denn der Hauptstein des Anstoßes in diesem Umlageverfahren sei, ob sie denn den Zwang so sehr verabscheuten, oder was sonst schuld sei. Überall hat man mir das eine gesagt: schuld ist nichts anderes, als daß das durch das Umlageverfahren eingeforderte Getreide nur den 8. Teil des Preises erziele, den man sonst dafür bekomme. Die Leute haben also dadurch schwere Verluste erlitten. Der Zentner hat, wie schon ein Herr gesagt hat, 115 M. eingebracht auf Grund des Umlageverfahrens, und jetzt hört man, daß überall 700—800 Mark dafür bezahlt werden. Mein Bruder hat mir gesagt, daß er 13 Zentner hat abliefern müssen. Das bringt ihm also einen glatten Verlust von rund 10 000 Mark.

Nun, solche Summen sind doch gewiß beträchtlich, und man muß zugestehen, daß das nichts weiter ist als eine Sondersteuer, die der Landwirtschaft auferlegt wird. Und wenn die Landwirtschaft sonst nicht viele Steuern hätte, dann könnte sie es sich auch gefallen lassen. Es steht aber fest, daß sie ohnehin überaus stark zur Steuer herangezogen worden ist. Als wir voriges Jahr das Steuergesetz gemacht haben, da hat der Herr Präsident Dr. Zehnter, unser Kollege, gesagt, es sei das ein Sprung ins Dunkle, es werde sich bald herausstellen wie das Gesetz wirkt, und wenn es die Landwirtschaft zu sehr drücke, dann müsse es eben geändert werden; die erste Gelegenheit dazu werde sein bei der Verabschiedung des Staatshaushalts für 1922. Es ist das richtig. Die Landwirte werden in bezug auf die Steuer außerordentlich stark mitgenommen.

Und wem kommt denn eigentlich das Geld zugute, das sie an der Getreideumlage verlieren? Ich glaube, im Kernpunkt der Industrie! Die zahlt einfach ihren Arbeitern entsprechend weniger Lohn, wenn sie weiß, daß sie das Brot billiger bekommen. Die Industriellen also haben den Nutzen, den die Bauersleute stiften müssen. Ich erinnere Sie kurz daran, wie übel die

Badische Landesbibliothek Karlsruhe
Baden-Württemberg

Landwirtschaft jetzt bezüglich der Steuer daran ist. Vor allem ist sie dadurch ungünstig gestellt, daß die früheren Vergünstigungen weggefallen sind, alle miteinander. Das begreifen sie auch. Ich habe wiederholt in Versammlungen den Leuten vorgetragen und gesagt: Ihr seid gewiß ganz gut durch den Krieg gekommen und steht auch heute noch ganz ordentlich da; manche Hypotheken sind abgetragen worden usw., so daß die bisherigen Vergünstigungen nicht mehr am Platze sind. Das könnte man nicht verantworten sie bestehen zu lassen, und deswegen sind sie aufgehoben worden.

Es sind die 20 Prozent Abschreibungen vom Schätzungswert der klassifizierten und einzelnen geschätzten Grundstücke weggefallen. Die Steuerfreiheit bei den Betriebsfahrnissen ist beseitigt. Sodann ist die Heranziehung der sogen. Umwandlungsprodukte zur Steuer beschlossen worden. Weiter ist die Unterstellung auch der landwirtschaftlichen Betriebsfahrnisse unter die Progression des § 50 des Grund- und Gewerbesteuergesetzes eingeführt worden, und schließlich der 2½fache Steuerfuß. Das sind doch gewiß Punkte, die die Steuer ganz gewaltig hinaufschrauben werden.

Es herrscht in vielen Kreisen doch nicht das richtige Verständnis über diese Fragen. Schauen wir doch einmal die Steuern ein wenig an! Zunächst muß einmal der Bauer die Grund- und Bodensteuer zahlen, eine Art Vermögenssteuer von landwirtschaftlichen Gütern. Dabei wird aber von vielen übersehen, daß die Äcker an sich kein Vermögen sind, wenn sie nicht durch der Hände Arbeit zu Vermögen gebracht werden. Die Bauern selbst haben das übersehen und haben, wie schon gesagt ist, nicht recht gerechnet. Hätten sie früher das Rechnen so angefangen und getrieben wie die Arbeiter und andere Stände, hätten sie von jedem Acker aufgeschrieben, wieviel Stunden sie auf dem Acker zugebracht haben, da hätten sie selbst gesehen, daß entweder der Acker kein Vermögen darstelle oder sie umsonst geschafft haben. Wenn sie die Zinsen des Ackers hätten herausholen wollen, dann hätten sie für die Arbeit nichts gehabt, oder wenn sie die Arbeit angerechnet hätten, dann wäre der Ertrag des Grundstückes gleich Null gewesen. Das kann kein Zweifel sein. In dem Punkte sind also die Landwirte schon durch die Steuer, die auf dem Grund und Boden liegt und so beträchtlich liegt, in gewisser Hinsicht im Nachteil.

Dann kommt die Einkommensteuer, die sie zahlen müssen. Es bestehen darüber bestimmte Tarife oder Sätze, die angewandt werden pro Hektar. Es muß der Bauer Einkommensteuer auch dann zahlen, wenn er auf dem Acker Futter pflanzt. Dieses Futter frißt nachher die Kuh, dann ist es wieder fort, aber die Steuer muß er doch bezahlen für etwas, was er nicht mehr hat und auf diese Weise für ihn verschwunden ist (Abg. Bock: Aber das Futter frißt doch nicht die Kuh, sondern die Kuh frißt das Futter!). Meinetwegen, für Schulkinder muß man den Satz auch umstellen.

Sodann kommt die Betriebskapitalsteuer. Das sind große Summen. Maschinen, Kühe und alles miteinander wird furchtbar teuer. Der Landwirtschaftsbetrieb ist im Preis kolossal hoch. Und endlich kommt die Umsatzsteuer hinzu.

Der Landwirt muß also viermal Steuern zahlen, und da kann man es begreiflich finden, daß die Leute dann eine Extrasteuer durch das Umlageverfahren doppelt hart empfinden. Wenn einer 10 000 M. Steuer zahlen muß und dann noch an der Getreideumlage 10 000 M. verliert, so sind das eben 20 000 M. Das ist keine Kleinigkeit, selbst wenn einer eine ordentliche Landwirtschaft hat. Die Lage ist also ganz gewiß nicht so rosig, wie sie von verschiedenen Seiten angesehen wird.

Dazu kommt noch endlich, daß der Landwirt auch in der neuen Zeit unter alten Übeln wieder zu leiden hat, zunächst einmal unter dem Dienstbotenwesen. Es ist merkwürdigerweise heute schon wieder recht schwer für den Landwirt, Dienstboten für die Landwirtschaft zu bekommen. Früher sind sie gern aufs Land gegangen, weil es da besseres Essen gegeben hat und etwas mehr, weil eben die Herrschaft Selbstversorger war. Es hat damals die Landflucht etwas nachgelassen. Aber es kommt jetzt wieder soweit, daß kaum Dienstboten aufzutreiben sind. Es will wiederum alles in die Industrie. Ohne Zweifel muß auch der Achtstundentag in dieser Hinsicht eine Wirkung haben.

Sodann müssen ungeheuere Löhne bezahlt werden für die Dienstboten auf dem Lande. Mir hat man gestern gesagt, daß in mancher Gegend der Jahreslohn für einen Dienstboten 8000 M. beträgt. Das ist doch eine kolossale Summe; und es wird manche Betriebe geben, in denen das ganze Jahr geschafft werden muß, damit man das Geld beisammen hat, was der Dienstbote bekommt. Und der Arbeitgeber kann so mitschaffen und sehen, ob für ihn noch etwas übrig bleibt. Dazu verlangen die Leute gewöhnlich das Krankengeld und auch die Steuerfreiheit.

Nach meiner Ansicht hat das Gesetz in der Hinsicht einen Fehler. Es hätte von vornherein im Gesetz bestimmt werden müssen, daß die Untergebenen ihre Steuern und ihr Krankengeld selber bezahlen. Dann würde ganz gewiß mancher Mißbrauch mit der Krankenkasse verhütet werden. Es ist in der Stadt und auf dem Lande in dieser Hinsicht gleich (Sehr richtig! rechts). Vielfach wird nicht anerkannt, was die Herrschaft in dieser Hinsicht leistet. Das Kranken- und Invalidengeld für ein Dienstmädchen beträgt heute monatlich 60 M., jährlich 720 M. Dafür werden wir in den seltensten Fällen irgend welche Anerkennung oder Dank ernten. Das hätte im Gesetz festgelegt werden müssen. Ich bin fest überzeugt, daß dann die Ansprüche nicht so groß wären.

Dann kommen allerhand Forderungen dazu; es werden allerhand Dinge ausbedungen. So kenne ich einen Fall, wo sich einer einen Doppelzentner Weizen noch für die Familie daheim ausbedungen hat. Ein anderer hat sich im ganzen 12 Pfund Butter, für jeden Monat ein Pfund, ausbedungen, was die Herrschaft geben muß, sonst tritt er die Stelle nicht an (Zuruf der Frau Abg. Unger). Dann ist die Familie in Verlegenheit, der Landwirt muß in Gottes Namen zum bösen Spiel gute Miene machen und den Leuten das bieten. Das wird vielfach nicht genügend anerkannt. Weizenmehl und ähnliches, ebenso auch Kleider und Schuhwerk werden nicht selten ausbedungen. Also von Seiten der Dienstboten hat die Landwirtschaft beträchtliche Schwierigkeiten.

Nun kommen noch zwei Schwierigkeiten, die die Lage der Landwirtschaft erst recht kritisch machen, und die für uns alle verhängnisvoll werden können. Da ist es zunächst einmal die Verheiratung. Auf dem Lande kann heute ein Bauernsohn nicht mehr leicht heiraten. Wenn er ein Haus bauen soll (Zuruf der Frau Abg. Unger), einen Stall und eine Scheuer, kann er das Geld kaum dazu aufbringen. Er bekommt keines, das Vermögen der Eltern reicht nicht hin, er kann sich wegen der hohen Kosten nicht mit Maschinen einrichten; wenn er zwei Kühe kaufen will, so würde das ihn 50 bis 60 000 M. kosten. Wo soll der Bauernsohn diese Summe hernehmen? Es bleibt nichts übrig, als eben darauf zu verzichten, selbständig zu werden. Er wird auch Arbeiter und bleibt

Badische Landesbibliothek Karlsruhe
Baden-Württemberg

daheim, solange er kann und sitzt vielleicht mit der Frau in einer Mietwohnung, wie er sie auftreibt. Aber der selbständige landwirtschaftliche Stand ist auf diese Weise außerordentlich gefährdet, er ist zum Aussterben verurteilt.

Dann kommt noch ein anderes hinzu; das betrifft die Teilung des Vermögens. Wenn früher ein Kind einer Familie in die Stadt gegangen ist, hat es gewöhnlich von Äckern nichts wissen wollen. Es hat Geld gewollt, man hat es ihm gegeben. Jetzt aber wollen sie alle Selbstversorger bleiben. Man kann es regelmäßig hören, daß die Töchter, und selbst wenn sie Beamte heiraten, sagen: ich will meine Äcker auch, wie die anderen. Dadurch wird der ganze landwirtschaftliche Betrieb zersplittert. Alle haben daran teil. Derjenige, der das Haus übernehmen muß, hat schließlich nicht mehr soviel beisammen, daß er eine gute Wirtschaft treiben kann. So gibt das ohne Zweifel eine Auflösung der landwirtschaftlichen Besitze und Betriebe.

Wie steht es nun mit den vielen Kleingärten usw., die der Herr Abg. Strobel bereits angedeutet hat? (Zuruf der Frau Abg. Unger). Ich glaube, die ganze Landwirtschaft kann sich zu diesen Kleingärtenbetrieben nicht ausgestalten. Herr Abg. Strobel hat in dieser Hinsicht vorhin in seiner Rede gesagt, daß in Mannheim so viele Kleingärten seien und die Arbeiter sie massenhaft gepachtet haben.

Als ich nach Bühl kam und die Pfarrei antrat — es gehören 11 Äcker dazu —, habe ich ein großes Stück von 3 Morgen, die unmittelbar vor der Stadt gelegen sind, sofort in Gärten anlegen lassen. Ich habe mir gesagt, es sind viele Leute hier, die froh sind, wenn sie solche Gärten bekommen, und wenn sie solche Kleingärten für sich bepflanzen können. Es ist eine angenehme Beschäftigung für sie. Viele Leute, die solche Stückchen genommen haben, haben versichert, daß sie das ganze Jahr hindurch ihr Gemüse darauf hätten holen können. Sie werden es nicht verübeln, daß ich zuerst an unsere eigenen Arbeiter in der Druckerei gedacht habe. Denen habe ich sie zuerst angeboten, es sind 25 bis 30 Stücke. Zu meiner größten Überraschung haben die Arbeiter bis auf zwei sie nicht gewollt. Bürgerliche Leute, Lehrer, Kaufleute, Handwerker u. a. haben sie genommen (Zuruf des Abg. Rausch). So kann es einem mit seinen Wohltaten gehen.

Ich denke, meine Ausführungen haben Sie überzeugt, daß es nicht angebracht ist, der Landwirtschaft unberechtigte Vorwürfe zu machen, daß es angebracht ist, sich zu hüten vor solchen. Ich glaube, wir alle miteinander haben allen Grund, recht besorgt zu sein für die Erhaltung unserer Landwirtschaft, die in großer Gefahr ist.

Ich glaube, es haben viele nicht geahnt, daß es so aussieht, daß sich die Verhältnisse so zu entwickeln beginnen. Da muß getan werden, was menschenmöglich ist. Wir haben alle die Pflicht und das denkbar größte Interesse daran, daß unsere Landwirtschaft auch fernerhin das Rückgrat des deutschen Volkes ist. Das zu erhalten, muß unsere heiligste Aufgabe sein (Beifall im Zentrum).

Präsident **Wittemann**:

Es sind noch 5 Generalredner gemeldet. Wenn wir morgen Mittag mit der Generaldebatte fertig werden wollen, wird es sich empfehlen, wenn wir einen Herrn heute noch hören und zwar einen Herrn, der bekanntermaßen nicht lange spricht. Ich würde vorschlagen, daß wir die Rede des Herrn Abg. Albiez noch anhören (Abg. Dr. Schofer: Die Presse streikt!). — Wenn die Presse glaubt, um 7 Uhr ihre Arbeit einstellen zu müssen, braucht das für uns kein Beispiel zu sein (Abg. Bock: Technische Nothilfe holen!). Ich bin der Letzte, der die Bedeutung der Presse unterschätzt und der meint, es ginge ohne Presse überhaupt im öffentlichen Leben. Aber wir müssen doch mit unseren Arbeiten fertig werden. Wenn wir ein Beispiel geben, daß wir auch 9 bis 10 Stunden im Tag arbeiten, so kann das nur von Vorteil nach außen hin sein.

Ich glaube, einen Redner sollten wir noch anhören, damit wir in dieser Woche mit dem Budget des Ministeriums des Innern fertig werden. Das Haus scheint damit einverstanden zu sein.

In der allgemeinen Aussprache erhält weiter das Wort

Abg. **Albiez** (Zentr.):

Aus dem vielen Lob und Tadel, die in den Reden zum Titel: Landwirtschaft und Ernährung zum Ausdruck gekommen sind, kann man schließen, welches Interesse der Landwirtschaft engegengebracht wird. Allein mit Reden kann der Landwirtschaft nicht gedient werden — ganz besonders dann nicht, wenn man sieht, wie die Ansichten der Hilfe auseinandergehen. Auf der einen Seite: Anklage und Beschimpfung, auf der anderen Seite: Forderung auf Forderung! Auf diese Art und Weise kann weder der Landwirtschaft noch dem konsumierenden Volke geholfen werden. Daß die Landwirtschaft nicht alles erfüllen kann, was von ihr jetzt gefordert wird, das beweisen eben doch die Einfuhrziffern der Vorkriegszeit. Zu berücksichtigen sind ferner auch die verloren gegangenen Provinzen des Deutschen Reiches. Allein bei der Schwere der heutigen Zeit all das zu erfüllen, was man fordert, dazu gehört eben die nötige Einsicht und das richtige Verständnis. Deshalb glaube ich, es würde dem Volke weit mehr gedient sein, wenn man statt der Sozialisierung von Grund und Boden, wie dies von der linken Seite gefordert wird, den Verstand und die Auffassung der Menschen sozialisieren würde, damit eine vernünftige Einsicht in das Volk getragen würde, was ich mit dem Wort Gemeinsinn bezeichnen möchte.

Vor allem möchte ich bitten, daß den Anträgen, die geeignet sind, die Produktion der Landwirtschaft zu steigern, zugestimmt wird, auch von denen, denen es unter Umständen schwer fällt, ihr Jawort dazu zu geben.

Und wenn ich nur kurz noch einen Zweig der Landwirtschaft hervorheben darf, so ist es die Milchwirtschaft. Das Fehlen der Milch in der Familie ist gewiß das Schlimmste bei der Ernährung. Hier hilft aber nicht das Schimpfen auf die Bauern über zu wenig Entgegenkommen gegenüber der konsumierenden Bevölkerung, sondern hier muß die Möglichkeit geschaffen werden, daß der Bauer die unbedingt notwendigen Kraftfuttermittel bekommt. Das sind neben dem Rauhfutter besonders zwei wichtige Abfallprodukte aus der Ernährungs-, man kann auch sagen, aus der Genußmittelindustrie; es sind die Treber und die Schlempe. Jedermann, der etwas von Milchwirtschaft versteht, weiß, daß man ohne Beimischung von Kraftfuttermitteln keine Milchwirtschaft treiben kann. Deshalb darf man nicht allzu kleinlich sein, sondern soll beiden Industrien, der Bierherstellung, wo die Rückstände des Malzes ein sehr gutes Futter geben, und ebenso der Schnapsbrennerei, die die Schlempe liefert, auch Rechnung tragen.

Es ist von einem Abgeordneten — ich glaube, es war der Herr Abg. Freidhof — geklagt worden, daß auch Mais zu Schnaps verbrannt werde. Ich wäre gerade der Ansicht

Badische Landesbibliothek Karlsruhe
Baden-Württemberg

gewesen, daß es dieses Jahr notwendig gewesen wäre, daß man den Mais zum Brennen freigegeben hätte, weil es ja allgemein an Rauhfutter gefehlt hat. Hier hätte man sehr viel Ersatzfutter schaffen können. Zu den heutigen Marktpreisen kann ja kein Mais als solcher verfüttert werden, aber er hätte in der Form von Schlempe den Landwirte zur Verfügung gestellt werden können (Abg. Bock: Dann bringt das Schnapsbrennen noch mehr ein!). Man hat erst letzthin gelesen, daß die Entente uns jetzt mit Schnapsmengen überschwemmt. Da wird doch das Geld auch ins Ausland getragen, uns es wäre jedenfalls viel richtiger gewesen, man hätte Mais eingeführt und hätte den Schnaps selbst erzeugt, denn dann wäre die Milchwirtschaft gefördert worden (Abg. Bock: Wer es glaubt!). Ich sage, es ist gar nicht möglich, unsere Milchproduktion wieder auf die Höhe zu bringen, ohne daß wir mit Ersatzfuttermitteln nachhelfen. Das kann aber nur geschehen in Abfallprodukten. Niemals kann man bei den heutigen Preisen diese Ersatzmittel direkt kaufen, denn sie sind einfach zu teuer.

Der Herr Minister hat zwei ernste Reden gehalten und darin Aufklärung gegeben über den schwierigen Stand der Regierung zur Volksernährung, besonders in der Brotversorgung. Ich bin auch ein Anhänger der freien Wirtschaft und ich habe auch schon öfters eingestimmt in den Ruf: Weg mit der Zwangswirtschaft! Ich bin auch heute noch ihr Anhänger. Aber nach den Verhältnissen, wie sie sich heute auf dem Getreidemarkt entwickelt haben, muß ich doch sagen: auch wenn man ein Anhänger der freien Wirtschaft ist, wird es einem doch angst und bange für das Volk (Sehr richtig! beim Zentrum), und die heutigen Getreidepreise riechen nach Moder- und Leichengeruch der Verhungerten in Rußland. Es ist deshalb wohl zu überlegen, ob wir nicht daran denken müssen, diesem Schnellzugstempo in unserer Ernährungswirtschaft, das in der Richtung auf die Hauptstadt Österreichs, auf Wien zu, führt, etwas Einhalt zu tun. Wenn deshalb die Herren Ernährungsminister zu dem Entschluß gekommen sind, daß das Umlageverfahren nach den jetzigen mißlichen Umständen wieder beibehalten werden muß, so kann ich mich dazu bereit erklären, trotzdem ich ein Anhänger der freien Wirtschaft bin. Denn für die außerordentlich schwierige Zeit muß man auch Verständnis haben (Sehr richtig! beim Zentrum). Aber ich hätte gerne ein Umlageverfahren, das nicht nur der Landwirtschaft, sondern endlich einmal auch der Industrie Schranken weist und an dem auch die Industrie beteiligt wird. Ich habe hier einen Zeitungsartikel; er ist überschrieben „Ein fetter Brocken!" und erlautet:

> In der Verborgenheit des „Reichsanzeiger", wie wohl nicht ohne beabsichtigte Ironie eine Münchener Zeitung schreibt, legt eine Aktiengesellschaft ihren Abschluß vor. Es ist die neue Baumwollspinnerei in Bayreuth. Bei 13,5 Millionen Mark Aktienkapital beträgt der Reingewinn 18,11 Millionen Mark (Hört, hört! beim Zentrum) und zwar nach 5½ Millionen verschiedener Rückstellungen. Zum drittenmale werden an die Aktionäre Gratisaktien neben einer Dividende von 35 Prozent verteilt (Hört, hört! beim Zentrum). Man bedenke, daß diese Gratisaktien zum drittenmal abgegeben werden! Daraus erhellt für jeden Einsichtigen, daß das vorgenannte Aktienkapital von 13,5 Millionen Mark sich ebenfalls zum erheblichen Teil aus solchen Gratisaktien zusammensetzt. Hält man sich dies vor Augen, so begreift man erst die Größe dieses Riesenprofits. Bei den heutigen hohen Aktienkursen kann man billigerweise gegen eine 35prozentige Dividende nichts einwenden. Für die neuen Besitzer dieser Aktien ist dies eine Bagatelle von Verzinsung, obwohl die alten Aktionäre schmunzeln können. Aber diese Verteilung von Gratisaktien, die sich immerfort wiederholt, das ist denn doch ein himmelschreiender Skandal. Die Entente wird dadurch nur zur Überzeugung gebracht, daß wir noch viel mehr zahlen können, die Arbeiter werden zu neuen Lohnforderungen provoziert, die Teuerung schreitet immer weiter, der Verbrauch geht weiter zurück, und auch ohne Bolschewismus kommen wir zu russischen Wirtschaftserfolgen, der Rückwärtsentwicklung. Soll denn das Volk noch alles Vertrauen in unsere Staats- und Wirtschaftspolitik verlieren und sich nur in eigener Raffgier seine Rettung suchen, die dann erst recht abwärts führt?"

Hier wollen wir, meine ich, unsere Ansichten sozialisieren, und hier kann von der äußersten Linken bis zur äußersten Rechten gemeinsame Arbeit geleistet werden, daß man sagt: wenn das Umlageverfahren platzgreifen muß bei der Ernährung, so ist es ebenso notwendig auch bei den anderen Bedarfsartikeln.

Der Herr Abg. Strobel hat heute die Preise der Lebensmittel genannt. Die Preise der anderen Bedarfsartikel, wie Kleider, Schuhe, Holz, Eisen usw. sind noch weit höher als diejenigen der Lebensmittel. Deshalb glaube ich, das badische Parlament würde hier etwas Gesundes schaffen, wenn es einmal einmütig zu dem Antrag käme, daß ein Umlageverfahren nicht nur für die Landwirtschaft, für die Ernährung, sondern auch für die Industrie platzgreifen soll, damit man einmal das Übel wirklich an der Wurzel fassen kann. Und ich glaube auch: wenn solch ein Umlageverfahren käme, dann würde es sicher nicht am guten Willen der Landwirtschaft fehlen, dann würde auch die Landwirtschaft geneigt sein, dieses Umlageverfahren ruhig hinzunehmen. Zu einem solchen Vorgehen können, wie gesagt, der Bauer und der Beamte, der Handwerker und der Arbeiter, alle sich einander die Hand reichen. Denn das wäre eine Tat, die unbedingt notwendig ist.

Ich habe gestern einem Vortrag in der Handelskammer angewohnt, wo Herr Professor Dr. Bernhard Harms über die Krisis der Weltwirtschaft gesprochen hat. Dieser Vortrag hat darin ausgeklungen, daß die Produktion der Landwirtschaft nicht nur bei uns, sondern in der ganzen Welt zurückgegangen ist infolge der Kriegswirtschaft und infolge der vielen Kriegsverstümmelten usw., und er kam zu dem Schluß, daß eben nur durch Hebung der Produktion es möglich wäre, daß wir wieder auf andere Zustände kämen. Deshalb ist es ungerecht, wenn man nur alle Schuld auf die Landwirtschaft abladen würde. Mir fällt hier unbedingt ein Vers ein aus dem Volksschullesebuch bei dem Mahl zu Heidelberg. Dort heißt es: „Nun sprecht von wessen Schuld ich so mein Mahl bestellt, ihr müßt Euch wohl gedulden bis ich bestellt mein Feld, bis in des Sommers Schwüle mir reifet neue Saat", und eben darum, müssen wir sehen, daß wir wieder auf den Standpunkt zurückkommen, den wir in der Vorkriegszeit hatten, dann wird es auch wieder besser werden. Deshalb muß das ganze Volk zusammenstehen und schauen, wie wir über diese schwierige Krise hinwegkommen, und deshalb darf man nicht nur einseitig der Landwirtschaft Schranken auferlegen, sondern wenn wir daran gehen, so ist es geboten, daß wir ein Verfahren für alle Produkte, sowohl die landwirtschaftlichen als die gewerblichen einführen. Tun wir das, dann haben wir den Nagel auf den Kopf getroffen, und dann ist es vielleicht möglich, daß wir diese schwierigen Verhältnisse überwinden und nicht ganz den russischen Zuständen entgegensteuern, wie sie uns sicher vor Augen stehen, wenn nicht irgendwie Abhilfe geschaffen wird. Ich verstehe wohl den Herrn Minister des Innern, der an ver-

Badische Landesbibliothek Karlsruhe
Baden-Württemberg

antwortlicher Stelle steht, wenn er so dringend dafür gesprochen hat, daß man Verständnis haben möge für das Umlageverfahren. Ich teile seine Auffassung, wie gesagt. Trotzdem ich ein Anhänger der freien Wirtschaft bin, so gestehe ich heute zu, der Teuerung muß Einhalt geboten werden, es kann nicht so weiter gehen, es muß ein Verfahren gefunden werden, aber ein Verfahren auf breitester Grundlage, das auf alle Bedarfsartikel seinen Einfluß ausübt.

Auf Vorschlag des Präsidenten wird hier abgebrochen.

Zu einer persönlichen Bemerkung erhalten das Wort

Abg. **Gebhard** (Landbund):

Der Herr Abg. Seubert hat sich heute vormittag in recht liebenswürdiger und vornehmer Weise mit der Landwirtschaftskammer befaßt, ganz ähnlich, wie es die Presse seiner Geistesrichtung seither immer getan hat. Um zu vermeiden, daß nicht morgen vielleicht einige himmlische Boten verkünden, der Herr Abg. Gebhard sei dabeigesessen, und hätte nichts zu sagen gewußt, möchte ich dem Hohen Hause bekannt geben, daß ich bei dem Titel Landwirtschaftskammer alle diese Fragen eingehend erörtern werde. Ich werde dem Herrn Abg. Seubert keinerlei Antwort schuldig bleiben.

Ich habe diese Dinge zum großen Teil nicht zu verantworten, denn sie sind lange vor meiner Dienstzeit passiert. Das möchte ich festgestellt haben (Abg. Dr. Baumgartner: Das hat er auch nicht vorgeworfen). Gewiß; ich werde mich aber nicht scheuen, als Mann einer politischen Hetze entgegenzutreten, wenn ich sie nicht für gerechtfertigt halte (Oho im Zentrum), das werde ich tun. Und nun hat der Herr Abg. Seubert noch geglaubt, er müßte mir vorhalten, daß wir Landbündler — er hat von anderthalb gesprochen, ich rechne mich für einen Ganzen — bei der Frage der Ehescheidungserleichterung nicht in dem Sinne des Zentrums gestimmt hätten. Ich schäme mich dessen nicht. Ich halte die Ehe für viel zu heilig, als daß ich sie zu einem Zwangsinstrument machen wollte, das als abschreckendes Beispiel wirken soll. Die Ehen, die im Himmel geschlossen werden, können auf Erden nicht getrennt werden, und das andere sind keine Ehen. Das ist mein Standpunkt. Auch möchte ich doch bitten, daß man mit dieser Hetze in der Zeitung gegen mich und auch hier in diesem Hause endlich aufhört.

Abg. **Großhans** (Soz.):

Der Herr Kollege Klaiber hat in seiner Rede erklärt, ich hätte gesagt, daß auf dem Lande draußen das Geld schockweise aufgespeichert sei (Zuruf: Nein). Herr Kollege Hertle, warten Sie doch, bis ich Ihnen das unkorrigierte Stenogramm verlesen habe, dann mögen Sie meinetwegen Ihrer Auffassung Ausdruck verleihen. Ich habe nach dem unkorrigierten Stenogramm folgendes ausgeführt: „Aber es ist doch wahrhaftig kein Wunder, wenn in den breitesten städtischen Schichten die Meinung verbreitet ist, als ob draußen auf dem Lande die Papierscheine schockweise aufgehäuft seien. Fast keine Woche vergeht, ohne daß in der Zeitung nicht wieder eine Nachricht enthalten ist, daß bei einem Einbruch oder sonst bei irgend einer Gelegenheit 20 oder 30 oder 50 000 M. gestohlen wurden" usw. Das ist doch etwas ganz anderes, als was Sie, Herr Kollege Klaiber, behauptet haben (Zuruf: Sehr richtig!). Darnach habe ich nicht gesagt, daß ich der Auffassung bin, daß das meine Ansicht ist, daß das meine Überzeugung ist, daß draußen auf dem Lande das Geld schockweise anzutreffen ist, sondern ich habe damit nur der Ansicht, einer Auffassung Ausdruck verliehen, wie sie da und dort in den Städten anzutreffen ist und zwar auf Grund der Notizen über Diebstahl, Einbruch usw., wie sie durch die Zeitungen gehen. Ich glaube, das wird auch dem Herrn Kollegen Klaiber einleuchten, daß das zwei Paar Stiefel sind, daß das nicht das ist, war er nur unterschoben hat. Aber zur Bekräftigung dieser, meiner Auffassung, will ich doch noch hinzufügen, daß ich nachher, als ich auf die Zigarette zu sprechen kam, die sich ein junger Mann angezündet hat, erklärte, daß ich nicht kontrollieren kann, ob das richtig ist, was bezüglich des Geldes auf dem Lande behauptet wird, oder ob auch das richtig ist, was bezüglich der Zigarette behauptet wird. Ich bringe auch hier noch einmal laut unkorrigiertem Stenogramm zum Ausdruck, daß es nicht meine Auffassung ist, sondern daß es sich um allgemeine, unkontrollierbare Gerüchte handelt. Der Herr Kollege Klaiber wird hoffentlich aus dieser Erklärung die notwendigen Konsequenzen ziehen.

Präsident **Wittemann**:

Es ist mir mitgeteilt worden, daß der Herr Abg. Gebhard von Hetze in diesem Hause bezüglich eines bestimmten Abgeordneten gesprochen hat. In diesem Hause wird nicht gehetzt. Ich rufe wegen dieses Beisatzes den Herrn Abg. Gebhard zur Ordnung.

Zur Geschäftsordnung erhält das Wort

Abg. **Gebhard** (Landbund):

Herr Präsident, ich glaube, daß diese Auffassung nicht ganz zutrifft. Ich habe diesen Satz nicht auf den Herrn Abg. Seubert bezogen, sondern auf die Zeitung. Ich habe das in einem Zusammenhang gesagt, der allerdings auch diese Deutung zuläßt.

Präsident **Wittemann**:

Es ist mir glaubhaft (Zwischenruf des Abg. Dr. Schofer) versichert worden, daß Sie „Hetze" mit dem Beisatz „in diesem Hause" und mit Bezug auf den Abg. Seubert gebraucht haben. Das ist nicht zulässig. Sie können von Hetze draußen und von Hetze im allgemeinen rede, auch von der Zeitung; aber einem Kollegen in diesem Hause „Hetze", die er in diesem Hause treibe, vorzuwerfen, das ist eben gegen die Geschäftsordnung, da kann ich Ihnen nicht helfen. Es müßte denn das Stenogramm einen anderen Wortlaut aufweisen. Dann haben Sie ja das Recht, sich auf das Haus zu berufen, und wenn das richtig sein wird, werde ich nicht anstehen, wenn ich mich getäuscht haben sollte, den Ordnungsruf zurückzunehmen. So, wie jetzt die Sachlage ist, muß ich Ihnen diesen Ordnungsruf erteilen.

Der Präsident gibt sodann bekannt, daß er der Abg. Frau Blase für die Nachmittagssitzung, dem Abg. Fischer für den folgenden Tag, sowie den Abg. Hartmann, Horter und Frau Dr. Bernays für die beiden nächsten Tage Urlaub erteilt hat.

Der Präsident gibt noch folgende weiteren Eingänge bekannt:

1. Antrag der Abg. Schön, Hügle und Dr. Mattes, die Beibehaltung des Getreideumlageverfahrens für das Jahr 1922 betr.

Badische Landesbibliothek Karlsruhe
Baden-Württemberg

Der Landtag wolle beschließen,

die Regierung zu ersuchen, der Beibehaltung der Getreideumlage für das Jahr 1922 nur unter folgenden Voraussetzungen zuzustimmen:

1. Der neue Umlagepreis muß den Produktionskosten entsprechen, die im Erntejahr 1922 aufzuwenden waren;

2. der Unterschied zwischen dem Umlagepreis und dem Preis für Getreide im freien Verkehr wird den Ablieferern gutgeschrieben und ihnen dafür durch ihre Organisationen Thomasmehl, Stickstoffdünger und Kali nach freier Wahl geliefert

3. als Preis des Getreides im freien Verkehr gilt der Berliner Börsenpreis für inländische Getreide im Durchschnitt der Monate Oktober/November 1922;

4. die Produktion der künstlichen Düngemittel ist seitens der Reichsregierung mit allen Mitteln zu fördern, so daß die Lieferung der für die Landwirtschaft nötigen Mengen sichergestellt ist und zwar zu Preisen, die die Produktionskosten nicht übersteigen.

Der Antrag wird gedruckt (Drucks. Nr. 85a) und verteilt und im Einverständnis des Hauses dem Haushaltsausschuß zur Vorbereitung überwiesen.

2. Antrag der Abg. Freidhof, Bock u. Frau Unger, Aufhebung des § 13 des Gesetzes vom 19. Juli 1918 betr. die allgemeine Fortbildungsschule:

„Der Landtag wolle beschließen:

Im § 13 des Fortbildungsschulgesetzes vom 19. Juli 1918 ist Religion als Unterrichtsfach zu streichen. Demzufolge sind in den übrigen Paragraphen die sinngemäßen Streichungen vorzunehmen."

Der Antrag wird gedruckt (Drucks. Nr. 81a) und verteilt und im Einverständnis des Hauses dem Haushaltsausschuß unter Vorbehalt der Weiterleitung an einen etwa zu bildenden Schulausschuß überwiesen.

Zu einer persönlichen Bemerkung erhält weiterhin das Wort

Abg. **Klaiber** (Landbund):

Ich wollte nur zu den Ausführungen des Herrn Kollegen Großhans sagen, daß ich mich über die Korrektur freue und daß ich das Wort „schockweise" aufgeschrieben habe, nachdem er in seiner Rede davon gesprochen hat. Ich bin aber mit der Auslegung einverstanden, die er jetzt gegeben hat.

Im Einverständnis des Hauses wird zur Fortsetzung der Tagesordnung die nächste Sitzung auf Donnerstag, den 30. März 1922, nachmittags 3 Uhr, anberaumt.

Schluß der Sitzung nach ½8 Uhr.

Der Präsident:	Die Schriftführer:
Wittemann.	Ziegelmaier-Oberkirch.
	Straub.

Badische Landesbibliothek Karlsruhe
Baden-Württemberg

Inhaltsverzeichnis:

Spalte

Anzeige neuer Eingänge:

Präsident Wittemann 1502, 1548

Fortsetzung der allgemeinen Aussprache über den Staatsvoranschlag für die Rechnungsjahre 1922 und 1923, Hauptabteilung IV, Ministerium des Innern, Ausgabe-Titel XII, Einnahme-Titel IX, Landwirtschaft und Ernährung und der Beratung bezw. Besprechung der nach der Tagesordnung damit verbundenen Anträge, Förmlichen Anfragen und Gesuche:

Abg. Ziegelmeyer-Langenbrücken (Zentr.) 1503
„ Bock (Komm.) 1507
„ Klaiber (Landbund) 1523
„ Roeckel (Zentr.) 1533
„ Albiez (Zentr.) 1544

(Die Weiterberatung bezw. Besprechung wird auf die nächste Sitzung verschoben.)

Persönliche Bemerkungen:

Abg. Gebhard (Landbund) 1547
„ Großhans (Soz.) 1547
„ Klaiber (Landbund) 1550

Zur Geschäftsordnung:

Präsident Wittemann 1548
Abg. Gebhard (Landbund) 1548

Badische Landesbibliothek Karlsruhe
Baden-Württemberg